

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Theodor Schieder

Walter Bußmann

Hugo Hantsch

B 24/66

15. Juni 1966

Entscheidungsjahr 1866

Theodor Schieder, Dr. phil., o. Prof. für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Köln, Herausgeber der Historischen Zeitschrift seit Frühjahr 1957, geb. 11. April 1908 in Ottingen/Schwaben.

Veröffentlichungen u. a.: Die Probleme des Rapallo-Vertrages, Köln 1956; Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München 1958; Hundert Jahre Historische Zeitschrift, 1859—1959 (Hrsg. mit eigenem Beitrag), München 1959; Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln 1961; Begegnungen mit der Geschichte, Göttingen 1962; Nietzsche und Bismarck, Krefeld 1963; Geschichte als Wissenschaft, München 1965.

Walter Bußmann, Dr. phil., o. Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin und Direktor des Friedrich-Meinecke-Instituts, geb. 14. Januar 1914 in Hildesheim.

Veröffentlichungen u. a.: Treitschke — Sein Welt- und Geschichtsbild, Göttingen 1952; Das Zeitalter Bismarcks, in: Handbuch der deutschen Geschichte, 3. durchgesehene und ergänzte Auflage, Konstanz 1965; Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz, Göttingen 1964.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Hugo Hantsch, P., OSB, Dr. phil., o. Professor für Österreichische Geschichte an der Universität Wien, Mitglied und Direktor des Instituts für Geschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Veröffentlichungen u. a.: Die Entwicklung Österreich-Ungarns zur Großmacht, 1933; Die Geschichte Österreichs, Bd. I, Graz 1937 (1958¹), Bd. II, Graz 1948 (1953²); Die Nationalitätenfrage im alten Österreich, Graz 1953; Graf Leopold Berchtold, 2 Bde., Graz 1963.

Das Jahr 1866 in der deutschen und europäischen Geschichte

In wenigen Wochen jährt sich zum hundertsten Male die militärische Entscheidung von Königgrätz, die die folgenschwere politische Entscheidung des Kampfes um die Vorherrschaft in Deutschland zwischen der alten Hegemonialmacht Österreich und dem vorwärtsdrängenden Preußen brachte. Die Geschichte ist über die Ergebnisse von 1866 hinweggegangen. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb erkennen wir heute, in welchem Maße 1866 ein Epochenjahr in der Geschichte gewesen ist, wie sehr die Ereignisse dieses Jahres die Folgezeit bis in unsere Gegenwart hinein bestimmt haben.

Diese Ausgabe enthält eine Gesamtbetrachtung von Theodor Schieder sowie Analysen der preußischen Politik von Walter Bußmann und der österreichischen von Hugo Hantsch. In der nächsten Ausgabe folgen Beiträge zur Politik der deutschen Mittelstaaten und zum Ende des Deutschen Bundes von Ernst Deuerlein und ein Aufsatz von Werner Pöls über die Gründung des Norddeutschen Bundes.

Zwiespältige Empfindungen

Unter den großen Daten der nationalstaatlichen Einigungsgeschichte Deutschlands nimmt das Jahr 1866 eine eigentümliche Stellung ein: Auf 1848 blicken wir in unserem Jahrhundert mit einer Mischung von Bewunderung und Trauer als auf ein Jahr großer, im letzten gescheiterter Möglichkeiten; das Jahr 1870/71 steht vor uns als das Datum der endgültigen Entscheidungen, die die kommende nationale Geschichte der Deutschen bestimmt haben.

Das Jahr 1866, zwischen 1848 und 1870/71, bleibt der Moment, in dem Möglichkeit und Wirklichkeit merkwürdig gemischt erscheinen, vieles noch undeutlich hervortritt und doch eine Entscheidung fällt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Wir befinden uns gleichsam auf der Peripetie des Dramas, auf die noch die Lösung folgt. Aber wie wird diese Lösung sein? Hier bleiben noch eine Reihe von Möglichkeiten offen, wenn auch einige endgültig ausgeschieden sind.

Das Jahr 1866 — die Schlacht von Königgrätz, das Ringen Bismarcks mit dem König in Nikolsburg um den Frieden, der Friede von Prag, das tragische Ausscheiden Österreichs aus dem engeren Verband Deutschlands, die Begründung des Norddeutschen Bundes — ist kein Datum, an dem die nationalen Emotionen sich unmittelbar entflammt haben und entflammen — anders als 1813 oder 1870 —, es

seien denn zwiespältige Gefühle, in denen sich Trauer über den „Bruderkrieg“ mit dem fatalistischen Bewußtsein mischen, einer unabänderlichen Entwicklung gegenüberzustehen. Dennoch sind in diesem Jahre gewaltige Stimmungsumbrüche vor sich gegangen, wie kaum in so kurzer Zeit in der deutschen Geschichte.

Walter Bußmann

Preußen und das Jahr 1866 S. 19

Hugo Hantsch

Die Politik Österreichs bis zum Ausbruch des Krieges im Jahre 1866 . . S. 29

Gesinnungen wandelten sich von heute auf morgen, viele Zeitgenossen wurden vom Saulus zum Paulus, andere glaubten den Untergang der Zeiten unmittelbar bevorstehend nach dem bekannten Wort des Kardinalstaatssekretärs Antonelli „Il mondo casca“. Viele fanden aus völliger Ratlosigkeit zu einer neuen Ansicht der Dinge und des nationalen Schicksals, und niemals schienen Erfolg und Opportunität so großgeschrieben worden zu sein wie in diesem Augenblick.

Der Sieg der Realitäten der Macht über die Ideen und Ideale, den manche zu erleben

glaubten, deutete auf mehr als auf Erscheinungen des Augenblicks. Hinter ihm stand eine Verwandlung der Geschichte und der geschichtlich wirksamen Kräfte, die über den Moment hinauswies. War sie nicht einer der tiefsten Einschnitte in der inneren Geschichte der Deutschen? Hat sich das Deutschland des liberalen und nationalen, des humanitären Denkens nicht damals sichtbar in das Deutschland des machtpolitischen und wirtschaftlichen Kalküls, der organisierten Technik und der rationalen Wissenschaft gewandelt? War der größte Staatsmann der Zeit, Otto von Bismarck, nicht zugleich der Schöpfer dieser Wende und ihr stärkster geistiger und politischer Repräsentant?

1866 ist zunächst eine, wohl die wichtigste Etappe auf dem Wege Deutschlands zum nationalen Staat in seiner kleindeutschen Begrenzung und enthält alle die verschiedenen Möglichkeiten, die für diesen nationalen Staat bestanden. 1866 ist zugleich ein inneres Ereignis für Deutschland, ein Umbruchsjahr, in dem durch eine rein politisch-militärische Entscheidung das Denken sich verändert. 1866 ist schließlich ein europäisches Ereignis, auch darin, daß es eine auf Mitteleuropa, auf Deutschland und Italien, begrenzte Krise darstellt, die in ihren Wirkungen jedoch weit über Mitteleuropa hinausweist. Wir wollen die Bedeutung dieses Jahres in diesen seinen drei Dimensionen aufzuhellen versuchen.

Vom Deutschen Bund zum kleindeutschen Nationalstaat

Das Jahr 1866 als Etappe auf dem Wege Deutschlands zum nationalen Staat, das bedeutet auf der einen Seite Abschluß und Ende der deutschen politischen Gesamtform seit 1815, des Deutschen Bundes und Beginn der neuen nationalstaatlichen Ordnung mit dem Norddeutschen Bund von 1867. Für ein halbes Jahrhundert — von einem kurzen Zwischenpiel abgesehen — hatte die gesamtdeutsche Politik im Zeichen des Deutschen Bundes gestanden, dem von den Nationalen und Liberalen gelästerten und verdammt, von den Konservativen und den Anhängern der Restauration als notwendige und unvermeidliche Kompromißlösung begrüßten politischen Gebilde. Er setzte mit seinen staatenbündischen Zügen das alte Römische Reich gesteigert fort, verzichtete aber auf jede zusammenhaltende Klammer und Spitze, nachdem Österreich die Wiederaufnahme des römischen Kaisertums abgelehnt hatte.

Der neue Staatenbund knüpfte auch sonst nicht einfach an die Territorial- und Machtordnung des alten Reiches an, sondern brachte erhebliche Verschiebungen namentlich im Verhältnis der Großmächte: Österreich zog sich von der Verteidigung des Rheins zurück und Preußen rückte in dieser Funktion an seine Stelle; dieses umfaßte mit seinem Besitz jetzt das Gebiet von der Memelmündung bis zum Niederrhein, allerdings ohne einen durchgehenden territorialen Zusammenhang. Die Rheinbundstaaten, das heißt die um mediatisierte und säkularisierte Gebiete vergrößerten Mittelstaaten vor allem Süddeutschlands hatten sich erhalten und traten in den Bund als eine neue Kategorie von Staaten ein, die ge-

genüber dem alten Reich ein neues Element darstellten.

Das Deutschland des Bundes blieb zwar in seiner Ausdehnung dem Reich gleich, aber seine innere Struktur war völlig verändert. Man könnte von einem dualistischen System mit polyzentrischen Elementen sprechen, das heißt von zwei rivalisierenden Großmächten mit mehreren mittleren und kleinen Staaten, die sich gegenseitig im Gleichgewicht hielten. Dieses System funktionierte nur unter einer Bedingung, die schon Wilhelm von Humboldt als das ganze Heil des Bundes bezeichnet hatte, nämlich der Bedingung, daß sich die beiden Großen über alle ihre Schritte in der Bundespolitik vorverständigten. Dies ist bis 1848 in der Regel geschehen und konnte deshalb geschehen, weil die beiden Großmächte mit ihrer Bundespolitik nur begrenzte Ziele verfolgten: Österreich die Sicherung gegen die liberale und nationale Bewegung und die Festigung seines Einflusses auf die Mittel- und Kleinstaaten; Preußen die vorsichtige Eindämmung des österreichischen Primats bei gleichzeitigem Verzicht darauf, den Bund zu stärken und zu aktivieren, während es durch unmittelbare Verhandlungen mit einzelnen deutschen Staaten Vorteile suchte und sie zum Beispiel in der Zollvereinigung erreichte.

Man darf nun nicht übersehen, daß dieses fein abgewogene politische System nicht nur eine deutsche, sondern vor allem eine europäische Funktion haben sollte. Es war geschaffen, um die europäische Mitte so stark zu machen, daß sie die kontinentalen Mächte Frankreich und Rußland auseinanderhielt und ihren Zusammenstoß verhinderte, aber nicht so stark, daß

der Bund eine eigene politisch ins Gewicht fallende Macht entwickelte. Er sollte der Friedensstaat von Europa sein, als den ihn der Historiker A. H. L. Heeren gerühmt hat, aber

kein den Frieden durch eigene Macht sichernder Staat, sondern ein in sich ruhendes, ausgewogenes System, das keinen Druck ausüben, aber Druck von außen auffangen sollte.

Nationale Frage und Rivalität der beiden Großmächte

Seit den revolutionären Erschütterungen von 1848—1850 ist dieses System nicht mehr funktionsfähig gewesen. Es verlor auch nach seiner Wiederherstellung seine ursprüngliche Sicherheit, auf wie schwachen Grundlagen diese auch beruht haben mochte. Womit hängt dies zusammen?

Es sind im wesentlichen zwei Gründe: Der erste besteht darin, daß seit 1848 die nationale Reform Deutschlands eine Macht geworden war, die auch nach ihrem Scheitern fortwirkte als eine zunächst potentielle Größe, aber als eine die wiederhergestellte alte Ordnung ständig bedrohende Gefahr. Sie war, seitdem es die Frankfurter Nationalversammlung gegeben hatte, größer als alle Bedrohungen der zwanziger und dreißiger Jahre.

Der zweite Grund war die durch die Abwehr der nationaldeutschen Bewegung erwachte Rivalität der beiden Großmächte, die sich nicht mehr in die alte Ordnung fügen wollte. Aus dem Heil des Bundes, wie es nach 1815 in der Vorverständigung Österreichs und Preußens bestanden hatte, war das Unheil des Bundes, der Macht- und Rivalitätskampf der beiden Großen geworden. Noch war es für diese wichtig, sich der Anhängerschaft der Mittel- und

Kleinstaaten zu versichern, aber wichtiger wurde es auf die Dauer, bei der nach und nach aus ihrer Betäubung erwachenden nationalen Partei Popularität und Sympathien zu erhalten. Dies war ein völliges Novum gegenüber der Zeit vor 1848.

Preußen in seiner nationalen Struktur schien dies objektiv leichter zu vermögen als das multinationale Österreich, das vergeblich nach einem Ausgleich der nationalen Kräfte und Gruppen suchte. Für Preußen gab es zwei Wege, sich der nationalen Bewegung zu nähern, sie sich im geringeren oder stärkerem Maße dienstbar zu machen. Den einen Weg proklamierten die Liberalen, wenn sie von den moralischen Eroberungen sprachen, die Preußen in Deutschland zu machen habe: Es sollte sich also liberalisieren, den Weg zum liberal-konstitutionellen Verfassungsstaat fortschreiten und auf diese Weise die politische Führung in Deutschland ergreifen. Der andere Weg war der machtpolitische der Ausdehnung der Macht Preußens und der Einverleibung Deutschlands in seine Interessensphäre, vielleicht auch unmittelbar in seinen Staat. Deutschland wäre dann mit einem Großpreußen zusammengefallen, es wäre nichts anderes als Großpreußen geworden.

Einer radikalen Lösung der Krise entgegen

Es versteht sich von selbst, daß beide Wege im letzten zu einer Auseinandersetzung mit Österreich führen mußten, das sich weder einer moralischen noch einer machtpolitischen Führung Preußens unterordnen konnte. Österreich mußte dann aus Deutschland weichen. Aber konnte es dies auf Grund seines Prestiges, seiner Lebensinteressen jemals freiwillig tun? Es geht hier nicht an zu verfolgen, wie sich diese Probleme seit 1850 zugespitzt haben. Im Keime vorhanden sind sie seit den Tagen von Olmütz, seit dem Zurückweichen Preußens und seiner nationalen Unionspolitik vor dem großösterreichisch-mitteuropäischen Machtwillen Österreichs und seines Staatsmannes Fürst Schwarzenberg.

Der preußische Bundestagsgesandte in Frankfurt, von Bismarck, trat in eine von vornherein gegebene Situation ein, die er nicht geschaffen, sondern nur durch seine Energie und Vitalität, durch seinen unbändigen Macht- und Kampfwillen aufs äußerste verschärft hat. Hat er, der als Freund Österreichs, und zwar als legitimistisch-konservativer Freund Österreichs galt, als er nach Frankfurt ging, seit den Tagen von Frankfurt den Willen zur militärischen Entscheidung über den deutschen Dualismus als einzige Möglichkeit verfochten oder ließ der preußische Machtwille noch andere Wege offen, wie zum Beispiel die Teilung Deutschlands durch die beiden Großmächte an der Mainlinie, eine friedliche Lösung des Du-

alismus also, wie sie schon Heinrich von Sybel in seinem Werk über die Reichsgründung für möglich gehalten hatte? Damit stehen wir schon mitten in der Problematik der Vorgänge des Jahres 1866 und der Ereigniskette, die ihnen vorausging.

Der Krieg von 1864 hatte beide rivalisierenden Mächte noch einmal, zum letztenmal, zusammgeführt. Die gemeinsame Beute, die Herzogtümer Schleswig-Holstein, brachte sie auseinander und wurde die Ursache des unheilbaren Zerwürfnisses, das dann gleich auf die Lösung der deutschen Frage hinübersprang. Bismarck trieb eine Politik, die dieses Zerwürfnis von Tag zu Tag verschärfte; aber er schien immer wieder, zuletzt in Gastein 1865, zu einem friedlichen Dualismus zurückzukehren. Im Frühjahr 1866 war auch dieser letzte, in sich selbst schon fragwürdige Ausgleichsver-

such als gescheitert anzusehen. Bismarcks Methoden näherten sich jetzt mehr und mehr einer radikalen und revolutionären Lösung der Krise. Der Bund mit Italien von April 1866 **und der fast auf den Tag gleichzeitige Antrag auf Bundesreform mit einem Parlament aus allgemeinen Wahlen** sind die beiden die Habsburger Monarchie erschütternden Stöße, aus denen der Krieg wie ein unabwendbares Schicksal hervorging. Dieser entzündete sich dann an der Scheswig-Holstein-Frage. Der Deutsche Bund, ein Staatenbund, der den Krieg unter seinen Gliedern ausschließen sollte, zerbrach. Die Entscheidung fällt, nachdem die „verwegene Größe der Heerführung Moltkes“ (Ziekursch) die getrennt operierenden preußischen Heere in Böhmen zum gemeinsamen Schlagen zusammgeführt hatte, bei Königgrätz.

Politische Entscheidungsmöglichkeiten nach Königgrätz

Die Frage nach dem Maß und der Richtung des politischen Sieges folgt dem militärischen Sieg auf dem Fuße, als Bismarck für einen raschen, den Feind schonenden Frieden eintritt, während die Militärs für die Verfolgung des Feindes bis in das Zentrum seiner Macht plädieren und der König auf die Bestrafung des geschlagenen Gegners dringt. Damit waren die politischen Probleme der Krise so aktuell wie vor ihrer militärischen Entladung, und die **Frage ist berechtigt, welche politischen Entscheidungsmöglichkeiten das Krisenjahr 1866 überhaupt enthielt, um welche Alternativen es in ihm ging.**

Diese Frage ist im allgemeinen Geschichtsbeußtsein und auch in der Forschung sehr verschieden beurteilt worden. Für das populäre kleindeutsch-preußische Geschichtsbild bestanden kaum Zweifel an einem beinahe teleologischen Ablauf der Dinge, an Bismarcks seit Jahren feststehendem Plan, Österreich durch Krieg aus Deutschland zu entfernen und ein preußisch geführtes Kleindeutschland herzustellen.

Nachdem die Quellen zu Bismarcks deutscher Politik genauer und vollständiger bekannt geworden waren, geriet diese Anschauung in eine Krise und jetzt trat ein anderes Konzept hervor, das eine klare Alternative zum kleindeutsch-nationalen Programm darstellte: der friedliche Dualismus mit einer Abgrenzung der Machtsphären zwischen Preußen und Österreich etwa am Main, jedenfalls im klaren Wi-

spruch zu jeder nationalen Lösung. Rudolf Stadelmann war der wichtigste Vertreter dieser Auffassung. Schließlich hat Otto Becker in einem nachgelassenen Werk im Gegensatz zu Stadelmann die Meinung vertreten, es habe sich bei Bismarck nicht um zwei polar entgegengesetzte Systeme gehandelt, ein kleindeutsches, das des Bündnisses mit Italien und der Revolution bedurfte, und ein konservativ ausgerichtetes dualistisches, das bereit war, für die Machterhöhung der Hohenzollernmonarchie auf eine nationalstaatliche Einigung für immer zu verzichten. Vielmehr handelte es sich nur um verschiedene Mittel und Wege einer Politik, die von der Überzeugung der Identität der Interessen Preußens und des deutschen Volkes ausging und deren Richtung immer die gleiche blieb.

Damit wäre wieder eine Annäherung an die herkömmliche These von der beinahe providentiellen Einheit der preußischen und deutschen Geschichte vollzogen, mit der man sich heute nicht mehr zufrieden geben kann. Sicher ist nur, daß in der Lage Deutschlands und Europas um 1866 kaum mehr eine andere als eine gewaltsame Lösung der deutschen Frage denkbar war, wenn man einmal die Realität der großstaatlichen Machtinteressen und des nationalen Prinzips in der öffentlichen Meinung in Rechnung stellt. Aber dies heißt nicht, daß die Entscheidungen von 1866 so und nicht anders haben ausfallen müssen. Es gab auch im System des gewaltsam gelösten Dualismus

noch eine Fülle von offenen Entscheidungsmöglichkeiten.

Hätten sich für das Verhältnis zu Österreich schon 1866 Formen der Verbindung denken lassen, die an Bismarcks spätere Idee vom ver-

fassungsmäßig gesicherten Bündnis erinnern? Der Gedanke wäre faszinierend. Indessen war dafür sicher die Stunde verfrüht und die Bereitschaft auf beiden Seiten nicht vorhanden; war es doch schwierig genug, König Wilhelm von der Idee eines Straffriedens abzubringen.

Preußens Annexionen in Norddeutschland

Anders ist es mit den norddeutschen Annexionen, also jenem Griff Preußens nach Thronen und Ländern seiner Nachbarn, die sich quer zwischen Preußens Staatsgebiet im Westen und Osten legten und damit eine Hemmung für die Macht Preußens darstellten: Hannover, Kurhessen, Nassau, Frankfurt. Ihre Annexion erinnerte an Vorgänge der Rheinbundzeit und erschütterte das monarchisch-konservative Bewußtsein aufs schwerste; aber es lag eine Tendenz der deutschen Geschichte darin, die seit dem 16. Jahrhundert mit dem Mittel der Säkularisierung und Mediatisierung gearbeitet hatte, um den Staatsbildungsprozeß seiner größeren Territorien zu fördern. Es lag aber auch eine Tendenz der preußischen Geschichte darin, den eigenen Staatsbildungsprozeß mit dem gesamtdeutschen zu verbinden.

Dieser Gedanke war zuerst im Zusammenhang mit der Annexionsfrage der Elbherzogtümer aufgetreten, als Treitschke die Formel fand, der Preußische Staat werde durch das Gesetz seines Lebens gezwungen, für Deutschland zu sorgen. Piemont, das in Italien aufging und an das sich die italienischen Staaten in einer gewaltigen Volksbewegung angeschlossen, mag hier Vorbild gewesen sein. Man mußte jedoch sofort darauf stoßen, daß es sich hier um einen plebiszitär begründeten Vorgang und nicht einfach um Annexionen gehandelt hat. In der Form, in der sie sich vollzogen, waren die preußischen Annexionen für den Weg zum deutschen Nationalstaat unnötig, ja in mancher Hinsicht ein Hemmnis.

Die preußischen Annexionen von 1866 zeigen an, daß die stärkste Macht der Zeit der preußische Machtstaat mit seiner Staatsräson, seinen politischen Bedürfnissen und Notwendigkeiten gewesen ist. Und doch ist es gerade diese preußische Staatsräson, die auch unter Umständen andere Wege offen gelassen hätte. Bismarck hat auch hier keineswegs doktrinäre Meinungen vertreten, sondern sich nach der politischen Lage gerichtet. So ließ er noch in der Instruktion für den Botschafter Grafen Goltz in Paris vom 9. Juli durchblicken, daß die

Annexionen an sich, sollte sich gegen sie unüberwindlicher Widerstand des französischen Kaisers zeigen, nicht das eigentliche und letzte Ziel der preußischen Politik waren: „Meinesteils finde ich“, lesen wir hier, „den Unterschied zwischen einer uns günstigen Bundesreform und dem unmittelbaren Erwerb jener Länder praktisch nicht groß genug, um dafür das Schicksal der Monarchie von neuem aufs Spiel zu setzen. Unser politisches Bedürfnis beschränkt sich auf die Disposition über die Kräfte Norddeutschlands unter irgendeiner Form“.

Freilich, als Kaiser Napoleon auch die Annexionen hinzunehmen bereit schien, setzte sie Bismarck durch. Er nimmt auch den Einbruch in die monarchische Legitimität, die Abschreckung vieler mittelstaatlicher und kleinstaatlicher Deutscher und vieler bürgerlicher Liberaler durch das brutale Vorgehen gegen Frankfurt in Kauf in der Ansicht, daß in einer revolutionären Situation radikales Handeln geboten sein müsse. So trat er auch dem König entgegen, der den Sieg über Österreich und seine Bundesgenossen durch ein System von Teilabtretungen der Unterlegenen zu krönen wünschte und sich gegen alles, was darüber hinausging, wie volle Annexion, oder was darunter blieb, wie volle Unversehrtheit, auflehnte. Bismarck hielt solche Verletzungen für gefährlicher als alle anderen Lösungen.

Hat ihm die Geschichte in allen seinen Überlegungen recht gegeben? Sicherlich höchstens darin, daß im Sturm des Umbruchs von 1866 die Aufmerksamkeit auf andere Ereignisse gerichtet sein würde und dadurch die Ungeheuerlichkeit einer Revolution, vollzogen durch eine konservative Macht und einen konservativen Staatsmann, weniger auffällig sein würde, aber sicher nicht darin, daß in den betroffenen Ländern die Erinnerung an diesen gewaltsamen Umsturz jemals ganz in Vergessenheit geraten würde. Das nationale Bürgertum hat ihn nur als einen Akt der nationalen Politik Preußens verstehen wollen; wer sich dieser Deutung nicht anschließen wollte,

für den blieb das Geschehen von 1866, vor allem ein so spektakuläres Ereignis wie die Vergewaltigung Frankfurts, unannehmbares Unrecht.

Noch in den neunziger Jahren bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts hat eine kleine, einflußlose hessische Rechtspartei die Forderung nach einer Wiederherstellung des hessischen Landes erhoben; in Hannover bildete sich die viel stärkere Bewegung der Welfenpartei; im Jahre 1892 wurde der Versuch unternommen, eine Deutsche Rechtspartei vor allem aus den partikularistischen Gruppen in Hannover, Kurhessen und Mecklenburg zu begründen. Dies alles waren keine großen politischen Aktio-

nen, hinter denen große Massen standen, aber Symptome dafür, daß es noch Kräfte gab, die 1866 nicht vergessen hatten, als das Reich längst auf den Bahnen der Weltpolitik wandelte. Sie kamen nicht zum Zuge, weil der preußische Annexionismus von 1866 in der Entwicklungslinie zum Nationalstaat, der nationalen Revolution von oben stand, mindestens in sie hineingestellt wurde und in ihm eine mögliche Annäherungsform an den preußisch geführten Nationalstaat gesehen werden konnte, nicht mehr die Verwirklichung einer souveränen, auf sich allein gestellten preußischen Staatsidee, die etwa bei der Eroberung Schlesiens Pate gestanden hatte.

Entscheidung über den deutschen Nationalstaat fiel 1866

Aber die Bedeutung des Jahres 1866 für die deutsche Geschichte erschöpft sich nicht in den preußischen Annexionen. Zu ihm gehört auf der anderen Seite der Verzicht Preußens auf die volle Annexion Norddeutschlands und der Verzicht auf die volle Angliederung Süddeutschlands. Beides ist zunächst aus der taktischen Lage des leitenden preußischen Staatsmanns im Jahre 1866 zu erklären, vor allem aus dem Zwang, der von der französischen Intervention ausging und Bismarck an die Zustimmung des Kaisers Napoleons III. band.

Aber genügt dies für eine Erklärung? Bismarck war wie immer in seinen Entschlüssen so auch jetzt ein auf den Moment gerichteter Taktiker und zugleich ein von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehender politischer Stratege. Er hat die bundesstaatliche Form Norddeutschlands bei stärkstem hegemonialen Übergewicht Preußens der reinen annexionistisch-preußischen vorgezogen, weil sie ihm den Bedürfnissen Kleindeutschlands, das jetzt von Preußen geführt wurde, besser zu entsprechen schien. Er hat also von Anfang an an einen Brückenschlag über den Main gedacht und die Selbständigkeit Süddeutschlands nur für einen befristeten Zeitraum hingenommen.

Die Rücksicht auf Süddeutschland entschied aber über die Form Norddeutschlands. Nur als Bundesstaat konnte der Norden trotz des seit den Annexionen übermächtigen Preußens auf den Süden Anziehungskraft ausüben, Vorbehalte zurückdrängen, Rücksichten auf das staatliche Selbstbewußtsein bei den Südstaaten nehmen. Die Norddeutsche Bundesverfassung sagt es in ihrem Artikel 79 selbst, daß an

einen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund gedacht war und daß das Verharren der preußisch-nationalstaatlichen Reform am Main sicher nicht mehr aus einem Festhalten Bismarcks an dualistischen Lösungen begründet werden kann, für die seit dem Ausscheiden Österreichs aus der engeren deutschen Politik auch der Partner fehlte.

Bismarck hat 1866 das dualistische System mit Österreich zerschlagen. Er wollte an seine Stelle kein dualistisches System mit den Südstaaten setzen, sondern ein hegemonial-preußisches, gemildert durch föderalistische Elemente, vorbereiten. Die Beschränkung der politischen Neuorganisation auf den Norden war nur der außenpolitische Preis, der Napoleon neben der niemals verwirklichten Forderung nach einem international unabhängigen Südbund gezahlt werden mußte. Die süddeutschen Länder, formal in diesem Augenblick im Besitze einer fast unbeschränkten Souveränität ähnlich wie nach dem Zusammenbruch des alten Römischen Reiches deutscher Nation, waren tatsächlich mehr gebunden als vor der Entscheidung von Königgrätz: Es sei dem Genie des Grafen Bismarck vorbehalten geblieben, den Friedensvertrag mit Österreich und seinen Vereinbarungen über den unabhängigen Süden anticipando zu verletzen, indem die süddeutschen Staaten durch die geheimen Schutz- und Trutzbündnisse militärisch eng an Preußen und die preußische Militärverfassung gefesselt wurden, hat der sächsische Minister Beust später gesagt.

Wirtschaftlich und zollpolitisch ist diese Abhängigkeit durch die neuen Zollvereinsver-

träge von 1867 und die Einrichtung von politischen Organen wie Zollbundesrat und Zollparlament noch erheblich verstärkt worden. Das Wesentliche dieser neuen Ordnung bestand darin, daß das wirtschaftliche Kleindeutschland, dem früher keine analoge staatliche Organisation entsprach, jetzt ein Glied eines politisch-militärischen Systems geworden war. Tatsächlich war also 1866 das preußisch geführte Kleindeutschland in weit höherem Maße verwirklicht, als dies der Friedensvertrag mit Österreich allein erkennen ließ.

Der Sieg über Österreich hatte eine Dynamik entfesselt, die nicht mehr aufgehalten werden konnte. So ist die wichtigste Entscheidung über Deutschland und seine nationalstaatliche Form schon 1866 und nicht erst 1870/71 gefallen. Daran können auch die retardierenden, ja widerstrebenden Kräfte in den süddeutschen Ländern nichts mehr ändern, die in der Übergangszeit zwischen 1867 und 1870 noch einmal, vor allem in Bayern, zum Zuge gekommen sind.

Entscheidung gegen den liberalen Verfassungsstaat

Königgrätz war in der deutschen Geschichte die Entscheidung für die preußische Lösung der deutschen Frage, war die Entscheidung gegen jeden Dualismus, gegen einen lockeren großdeutschen Bund, für einen engeren staatlich zusammengefaßten Bundesstaat, war die Entscheidung auch gegen ein liberales-bürgerliches Deutschland. Auch dieser letzte Gesichtspunkt darf nicht übersehen werden: denn mit Königgrätz geht der große preußische Verfassungskonflikt zu Ende.

Die Liberalen sind nicht einfach die Unterlegenen. Sie dringen mit ihren Wirtschaftsprinzipien, ihrem Nationalgedanken in den preußischen Staat ein, aber es gelingt ihnen nicht, die Führung an sich zu reißen. Die neue Verfassung des Norddeutschen Bundes, so wenig sie ohne die liberale Mitwirkung im Norddeutschen Konstituierenden Reichstag zu denken ist, bringt doch alles andere als den liberalen Verfassungsstaat mit parlamentarischer verantwortlicher Regierung; sie enthält liberale und auch parlamentarische Elemente, aber sie bleibt doch an einen Kompromiß mit den mächtigen Realitäten des militärisch-monarchischen Staates gebunden, der auf seine Überlegenheit über das liberale Bürgertum seit den großen militärischen und politischen Erfolgen von 1866 pochte, die zwei Männer der konservativen Oberschicht, Moltke und Bismarck, errungen hatten.

Wie fand sich der nationale Liberalismus, das liberale und nationale Bürgertum, die deutsche Nation überhaupt mit diesem Ergebnis ab? Diese Frage enthält noch die andere nach der Bedeutung des Jahres 1866 für die geistige Entwicklung der deutschen Nation, die wir uns noch stellen wollten. Im politischen Gei-

stesleben Deutschlands, seiner Publizistik und seinem politischen Schrifttum gab es vor 1866 eine Vielfalt von Tendenzen, Meinungen und Richtungen. Dem wiedererstarkten nationalen Liberalismus mit seiner preußisch-protestantischen Tendenz standen die verschiedensten Tönungen des großdeutsch-universalen mitteleuropäischen Denkens gegenüber, zum Teil unter katholischem Einfluß, zum Teil einfach von den jeweiligen politischen Interessen der Mittel- und Kleinstaaten oder Österreichs bestimmt.

Es gab Publizisten vom Format Edmund Jörgs, des Herausgebers der Historisch-Politischen Blätter, die auf diesem Boden standen; es gab Staatsmänner wie den bayrischen Ministerpräsidenten Ludwig v. d. Pfordten, der nationales Denken mit großdeutscher, aber auch bayrisch-mittelstaatlicher Nuancierung vertrat. Es gab die starke Gruppe der preußischen Liberalen, die im Konflikt mit dem Ministerium Bismarck seit 1864 die innere Sicherheit in der Bekämpfung des verhaßten Ministers zum Teil schon verloren hatten und Heinrich von Treitschke in der Befürwortung der schleswig-holsteinischen Annexion zu folgen begannen.

Die Schleswig-Holstein-Frage, die lange den Vereinigungspunkt der liberalen Gruppen aller Richtungen gebildet hatte, wurde damit zu einem Ferment der Auflösung des politischen Liberalismus. Gegenüber der von der preußischen Regierung ausgehenden Aktivität, die ihre Faszination auch auf viele Liberale nicht verfehlte, so viele sie nach wie vor verabscheuten, war das Bürgertum, aber ebenso wie dieses auch die mittelstaatliche Führungsschicht in eine immer verzweifeltere Situation der

Unsicherheit, Verlegenheit, ja Ratlosigkeit geraten. Alle Positionen, auch die liberale im Verfassungskonflikt, hatten an Festigkeit verloren. Die öffentliche Meinung in Deutschland stand dem sich anbahnenden Konflikt zwi-

schen Preußen und Österreich mit wachsendem Entsetzen, aber ohne eine wirkliche Alternative gegenüber. Ein bayrischer Liberaler gab dieser Stimmung mit den Worten „Jeder Sieg eine Niederlage“ prägnanten Ausdruck.

Kapitulation des nationalliberalen Bürgertums vor dem Erfolg?

Aus dieser völligen Ratlosigkeit ist die Stimmung durch die Schlacht von Königgrätz und die sich daran anschließenden Ereignisse jäh und unvermittelt, im einzelnen mit beängstigender Plötzlichkeit in ihr Gegenteil umgeschlagen. Der „abenteuerliche Spieler“ in Berlin hatte das Spiel gewonnen und hatte damit mit einem Mal die Meinung vieler für sich, die vorher als seine entschlossensten Gegner aufgetreten waren. Sucht man die Stimmen zu ordnen und diejenigen auszusondern, die so unvermittelt zu Bismarck übergangen, so wird man auf das nationalliberale Bürgertum verwiesen, das mit seinen Repräsentanten in der Rechts- und Geschichtswissenschaft die bürgerliche Meinung weithin seit 1848 beherrscht hatte. Ihm ist daher der Vorwurf der Machtanbetung gemacht worden, die von jetzt ab das politische Denken in Deutschland beeinflussen sollte. Es habe vor die Wahl zwischen Macht und Recht gestellt, für die Macht optiert und in der Gewährung der Indemnität an die Regierung für die Politik des Verfassungskonflikts geradezu die Kapitulation vor der Macht vollzogen.

Hier wird ein Vorwurf erhoben, der weit über das Jahr 1866 hinausgeht und geradezu zeitgeschichtliche Bedeutung gewinnt. Nach vielen Erfahrungen sind wir hellhörig geworden für solche Kritik, die auch eine Kritik an späteren Beispielen der Erfolgsanbetung und eines kurzschlüssigen Opportunismus enthält. Was ist an ihr richtig? Wer sie aufgreift, wird sich zunächst vor Verallgemeinerungen hüten müssen und nicht von einer durchgehenden Tendenz der Glorifizierung des Erfolgs Bismarcks sprechen dürfen. Vielmehr haben die letzten

Forschungen über die nationalpolitische Publizistik zwischen 1866 und 1870 doch auch eine Fülle von Gegenstimmen und manchen Ausdruck der Empörung und des Entsetzens zutage gefördert. Man braucht nur etwa einen Blick in die Historisch-Politischen Blätter zu werfen und die Artikel von Edmund Jörg mit ihrem an Weltuntergangsstimmung grenzenden Tenor zu lesen. Aber eines bleibt doch richtig: die Ubereinstimmung der Zeitstimmung und ihrer herrschenden Tendenzen mit der Bejahung von Macht- und Realpolitik.

Karl Georg Faber hat soeben die Ereignisse seiner großen Arbeit über die nationalpolitische Publizistik ausgewertet und dabei viele Zeugnisse für eine Gesinnung gefunden, die man kaum anders denn als politischen Darwinismus bezeichnen kann. Für ihn war mit der Macht des Stärkeren auch das Recht. So schrieb der Geograph Oskar Peschel im Oktober 1866 in einem „Rückblick auf die jüngste Vergangenheit“, daß der geschichtliche Erfolg stets dem Starken gehöre, und er zitiert ausdrücklich Darwin: „Ein Naturforscher wie Darwin würde auch in der Geschichte den Kampf ums Dasein wiederfinden, ein Chemiker sähe darin einen Wechsel der Stoffe... Auch wir in Deutschland sollten die neueste Geschichte wie einen gesetzmäßigen Entwicklungsprozeß betrachten und uns nach dem englischen Sprichwort gewöhnen, zwischen den Begebenheiten und ihren Urhebern zu unterscheiden. Bei solchen großartigen Vorgängen handelt es sich nicht mehr um Recht oder Verschuldung, sondern es ist ein Darwinscher Kampf ums Dasein, wo das Moderne siegt und das Veraltete hinabsteigt in die paläontologischen Gräfte.“

Sieg des nationalen über das konstitutionelle Prinzip in Deutschland

Indessen ist die Frage damit nicht vollständig beantwortet, warum der preußische Sieg von 1866 einen so großen Erdrutsch der Meinungen hervorgerufen hat. Die Gründe liegen doch

noch tiefer. Der Wandel einer idealistisch geprägten Politik zu einer sogenannten Realpolitik, das heißt einer Politik mit realen Größen der Macht und der Wirtschaft liegt für

den deutschen bürgerlichen Liberalismus schon viel weiter zurück. Er ist im Grunde das Fazit aus der fehlgeschlagenen Revolution von 1848 gewesen. Schon 1857 hatte der Literaturhistoriker Rudolf Haym in seinem Hegel-Buch das Stichwort von der Wandlung des Lebenslaufs des Absoluten in den Prozeß der lebendigen Geschichte gegeben. Lebendige Geschichte hieß aber nicht Verharren in der Kontemplation, sondern Erfüllung des deutschen Geistes im Realen, das bedeutet: im konkreten, erst noch zu schaffenden Staat, für den es vor allem andern Hand anzulegen galt. Das von August Ludwig von Rochau in den gleichen fünfziger Jahren geprägte Wort von der Realpolitik meinte in ähnlichem Sinne den Primat des Handelns vor dem Denken, der Praxis vor der Theorie.

Der deutsche Liberalismus brauchte nicht erst einen Sündenfall vor der Macht und dem Staat Bismarcks zu tun, er trug das Bild eines starken, machtvollen Staates im Geiste Hegels in sich und mußte im Jahre 1866 nur zu seinen ursprünglichen staatsidealistischen Grundsätzen zurückkehren, um in gleicher Weise zu sich selbst und zum starken preußischen Nationalstaat zu finden. Das war seine Größe und das war gleichzeitig seine Schwäche; denn die im westeuropäischen Liberalismus angelegte humanitär-naturrechtliche Politik war im deutschen Liberalismus nur sehr partiell lebendig. Fand man sie bei Rotteck und Welcker, so doch sicher nicht mehr bei Dahlmann, Sybel, Droysen und Treitschke, den geistigen Repräsentanten des nationalen Liberalismus in Deutschland. Erst jüngst ist dies an dem Frühwerk Sybels über Politik und in seinem Vergleich mit Sybels späteren Phasen dargelegt worden. Was bei oberflächlicher Betrachtung als opportunistische Selbstpreisgabe der Liberalen gegenüber Bismarck erschienen ist, war in Wahrheit die Konsequenz sehr viel älterer liberaler Vorstellungen, die allerdings die Gefahr des Verlustes aller liberal-ethischer Normen in sich barg. Das konnte tatsächlich zu einer Tragödie des deutschen Liberalismus führen, wie das Friedrich Sell gemeint hat, wenn im Liberalismus jede Erinnerung an seine freiheitlich-individualistische Wurzel verloren ging, wie das im Verlaufe der historischen Entwicklung nach 1878 zeitweise tatsächlich geschehen ist.

Das Jahr 1866 führt hier in tiefe Gründe des deutschen politischen Geisteslebens. Es ist nicht einfach der Moment einer geistigen Kapitulation vor der Macht und sicher kein Vorläufer späterer Katastrophen, höchstens eine Schrecksekunde im deutschen politischen Denken. Dies trifft auch auf die Kräfte zu, die den Untergang des alten Deutschland in seiner universalen Verflechtung mit dem Reich der Habsburger als das Ende der Zeiten empfunden haben, mit den Worten Edmund Jörgs als eine Zerstörung der politischen Basis und der eingewöhnten Lebensbedingungen der Deutschen wie seit tausend Jahren nicht. In dieser Auffassung lag insofern sicher etwas Richtiges, als das Ende eines älteren Deutschland mit seinen starken Bindungen an die universale Welt des Reiches und die geistige Welt der deutschen Klassik und Romantik mit dem Ende des Deutschen Bundes, dem Ausschluß Österreichs aus dem engeren Deutschland und dem Aufstieg des machtintensiven Staates Preußen gekommen war. Die säkulare Bedeutung dieser Ereignisse ist von den Gegnern der preußischen Machtbildung eher in ihrer ganzen Tragweite erkannt worden als von denen, die mit Preußen sympathisierten und in diesem Prozeß nur ein Werk der Notwendigkeit sahen.

In seinem großen Kapitel über die historischen Krisen hat ein Außenstehender, der Schweizer Jacob Burckhardt, in seinen Vorlesungen über das Studium der Geschichte, den später so genannten „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“, die Krisis von 1866 als die große deutsche Revolution bezeichnet. „Dies war eine abgeschnittene Krisis ersten Ranges. Ohne dieselbe wäre in Preußen das bisherige Staatswesen mit seinen starken Wurzeln wohl noch vorhanden, aber eingeengt und beängstigt durch die konstitutionellen und negativen Kräfte des Innern; jetzt überwog die nationale Frage die konstitutionelle bei weitem. Die Krisis wurde nach Österreich hineingeschoben, welches seine letzte italienische Position verlor und mit seiner polyglotten Beschaffenheit gegenüber von allem Homogenen, zumal von Preußen, in eine immer gefährlichere Stellung geriet“. Hier ist in der distanzierten Sprache des unbeteiligten historischen Analytikers das Wesentliche über die säkulare Bedeutung des Ereignisses von 1866 für die deutsche Geschichte hervorgehoben.

1866 als europäisches Ereignis

Der Krieg von 1866 war ein deutsches Ereignis, der letzte Krieg deutscher Territorialstaaten untereinander und schon im Geiste des neuen Nationalbewußtseins ein deutscher Bruder- oder Bürgerkrieg, an dem die Nation selbst allerdings kaum innerlichen Anteil hatte. Aber er war auch ein europäisches Ereignis: ein Kabinettskrieg unter Großmächten der Pentarchie wie vorher der Krimkrieg, ständig in der Gefahr schwebend, daß noch weitere Großmächte in ihn eingriffen. Als europäisches Ereignis aber stellte der Krieg die ganze Ordnung des Kontinents seit 1815 in Frage und kann daher nur mit dem Maßstab eines Ereignisses von erster historischer Bedeutung gemessen werden. Um es in seinem ganzen Gewicht würdigen zu können, müssen wir weiter zurückgreifen und das politische System von 1815 zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen nehmen.

In diesem System war von Anfang an ein latenter Dualismus zwischen den konservativen Ostmächten, den Mächten der Heiligen Allianz im engeren Sinne, und den liberalen Westmächten lebendig, die nach 1830 sich stärker ideologisch abzusetzen begannen. Auf dem Zusammenwirken der drei Ostmächte beruhten im Grunde auch noch die außenpolitischen Ereignisse von 1848—1850 trotz mancher Spannungen unter ihnen und trotz der Gefahr, daß 1850 die beiden deutschen Führungsmächte in einen Krieg gerieten. Die Punktation von Olmütz hat diesen Krieg vermeiden lassen, und man muß dabei im Auge behalten, daß es Rußland gewesen ist, das den Zusammenstoß

der deutschen Mächte mit seinem ganzen diplomatischen Einsatz verhinderte. Im Rahmen des funktionierenden Systems der konservativen Ostmächte schien also ein Krieg dieser Mächte untereinander oder zweier von ihnen unmöglich. Das System beruhte geradezu auf der Solidarität der Mächte der Legitimität und hatte daher neben seiner machtpolitischen auch noch eine sehr ausgeprägte ideologische Seite.

Erst der Krimkrieg hat damit ein Ende gemacht, und man kann nicht genug betonen, welche entscheidende Bedeutung ihm als vorbereitendem Ereignis für das Jahr 1866, für den deutschen Führungskrieg und den kriegerischen Dualismus Preußens und Österreichs zukommt. Im Krimkrieg ist die alte realistische Ordnung der Heiligen Allianz zerbrochen. Die „diplomatische Revolution“, die die österreichische Politik einleitete, indem sie sich an die Westmächte band und damit in Gegensatz zu Rußland trat, zerstörte die innere Gemeinsamkeit Rußlands und Österreichs und löste damit das Zusammenwirken der Ostmächte überhaupt auf. Preußen, das sich trotz mancher Verlockungen und Versuche der österreichischen Politik nicht einseitig gegen Rußland einsetzen ließ, sondern sich neutral verhielt, erhielt sich damit die russische Freundschaft; Österreich verlor sie. Damit waren die Konstellationen für einen preußisch-österreichischen Zusammenstoß gegenüber 1850 wesentlich verändert. Rußland stellte sich nicht noch einmal vor die österreichische Politik, sondern gab Bismarck freie Hand.

Fiasko der französischen Hegemonialbestrebungen

Die eigentliche Gefahr einer Intervention drohte diesmal vom Westen, von Frankreich. Das entscheidende Problem für die Politik Bismarcks war es, Napoleon III. von einem Eingreifen zugunsten Österreichs abzuhalten. Die französische Neutralität erreicht zu haben, ohne daß er sich dem französischen Kaiser gegenüber zu einer Gegenleistung verpflichtete, war ein diplomatisches Meisterstück Bismarcks, das ihm in langen, den Partner haltenden Verhandlungen bis unmittelbar in die Tage der militärischen Entscheidung gelungen ist. Napoleons Haltung in diesem Spiel war der Phantasie und Folgerichtigkeit ihres

Gegners weit unterlegen. Sicher war ihm bewußt, daß eine starke Machtvergrößerung Preußens auch mit den Mitteln nationaler Politik den Interessen Frankreichs widersprach, aber er vermochte sie nicht zu verhindern. Auf territoriale Kompensationen für Frankreich bedacht, hat er diese doch nicht rechtzeitig offen zu formulieren gewagt.

Primär ging es ihm wohl um Gleichgewichtspolitik, das heißt um Festigung der französischen Position gegenüber den rivalisierenden deutschen Großmächten, und erst in zweiter Linie um „Rheinpolitik“ im Sinne ausgedehnter Gebietserwerbungen. Jedenfalls stand

diese immer im Dienste jener und kann nicht isoliert betrachtet werden. Daß er solche im Auge hatte, zumindest die „Grenzen von 1814“ und den Gewinn des Saargebiets und Landaus, daneben auch Luxemburgs, hat er dann in den Verhandlungen von Ende Juli deutlich zu erkennen gegeben. Schließlich ist auch von Belgien die Rede gewesen. Doch diese Forderungen hatten jetzt einen ganz anderen Sinn, als sie ihn unter anderen militärischen und politischen Voraussetzungen hätten haben können: Sie bedeuteten auch als „Kompensationen“ in einem großen politischen Tauschgeschäft, wie es der Kaiser einst mit Cavour betrieben hatte, höchstens eine kärgliche Abfindung für die Einbuße, die die Aufrichtung der preußischen Macht darstellte.

Was Napoleon sich von den Ereignissen in Wirklichkeit erwartet hatte, geht aus dem Neutralitätsvertrag hervor, den er kurz vor den entscheidenden Geschehnissen am 12. Juni mit Österreich geschlossen hatte. Hier war nicht nur von einem von vornherein gegebenen Verzicht Österreichs auf Venetien die Rede, sondern noch davon, daß Frankreich eine territoriale Ausdehnung Österreichs in Deutschland nur insoweit zulassen wollte, als das Gleichgewicht in Europa nicht durch eine Hegemonie Österreichs über Gesamtdeutschland gestört würde. Politisch gravierend, wenn auch rechtlich nicht bindend, war eine Zusage Österreichs, gegen eine territoriale Umgestaltung Deutschlands keinen Einwand zu erheben, welche Sachsen, Württemberg und Baden

auf Kosten mediatisierter Fürsten vergrößern und aus den Rheinprovinzen einen neuen deutschen unabhängigen Staat machen würde. Napoleon glaubte damit seine Mitbestimmung in Deutschland über Österreich erreichen zu können. Diese Mitbestimmung ließ als Ziel in Umrissen erkennen, daß sich hier alte Vorstellungen eines Trias-Deutschlands mit starkem französischen Einfluß am Rhein verbanden.

Das Spekulative dieser Pläne liegt auf der Hand. Sie hatten in der fortgeschrittenen nationalstaatlich orientierten Welt der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine rechte Basis mehr, aber immerhin waren sie im Spiel. Die Entscheidung von Königgrätz war damit auch die Entscheidung gegen jede Form einer französischen Hegemonie. Sie war ein politisches und militärisches Fiasko des französischen Kaisers. „Der Fehler der Regierung“, schrieb der französische Publizist Edgar Quinet, „der Einigung Deutschlands Vorschub geleistet zu haben, ist eine seit drei Jahrhunderten nicht dagewesene Monstrosität. Man hat Deutschland entfesselt, und Deutschland, ich kenne es, wird nicht stehen bleiben, es wird groß werden, es wird seine Kräfte fühlen, sie uns fühlen lassen; es wird streben, an unsere Stelle zu treten, uns herabzudrücken, auszulöschen, zu erniedrigen; und alles dies wird das antifranzösische, antinationale, ich könnte sagen antinapoleonische Werk der bewußten Leute sein.“

Preußische Staatsräson verlangt Erhaltung Österreichs

Das Jahr 1866 hat in mancher Hinsicht im Verhältnis des werdenden deutschen Nationalstaats zu Frankreich Ergebnisse vorweggenommen, die erst in einer späteren Phase der preußisch-nationalen Politik endgültig gesichert wurden, als die Rache für Sadowa in der Schlacht von Sedan in ihr Gegenteil umschlug. Es war auch eine der Folgen von Königgrätz, Nikolsburg und Prag für die europäische Politik, daß diplomatische Gegenwirkungen im großen nicht mehr geglückt sind. Der Versuch, ein nach Revanchepolitik strebendes Österreich auf die Seite Frankreichs zu ziehen und ein Bündnis zu zweien mit Österreich oder schließlich zu dreien mit Österreich und Italien zu schaffen, mußte mißglücken. Die gemeinsamen Interessen der drei Mächte gegenüber Preußen waren nicht stark genug, um ihre

eigenen politischen Divergenzen zu überwinden. Dazu wirkte sich jetzt Bismarcks österreichische Politik von 1866 aus. Der preußische Staatsmann war in der großen Krise bereit, mit allen Mitteln die Lunte ans Pulverfaß zu legen und schien selbst entschlossen, die nationalrevolutionäre Bewegung in Ungarn und in Böhmen zu entfesseln. In der äußersten Gefahr, das heißt im Falle einer französischen Intervention hätte er die Existenz der Monarchie ohne jeden Zweifel in Frage gestellt.

Niemals war er den revolutionären, vor allem nationalrevolutionären Ideen des Jahrhunderts so nahe wie in den Tagen des Bündnisses mit Italien, des Antrags auf ein deutsches Parlament, der Verbindung mit den Rebellen in der Monarchie. Aber ein Sieg dieser Prinzipien hätte nicht seinen tiefsten Überzeugungen von

der Notwendigkeit der Monarchie für das europäische Gleichgewicht, für das trotz aller Erfolge gefährdete, auf den Bahnen der Nationalpolitik befindliche Preußen entsprochen. Österreich blieb ihm ein „Stein im europäischen Schachbrett“, das allein für Bismarck das Feld seiner Entscheidungen und Entschlüsse bildete; Österreichs Auflösung könnte, so hat er sehr weise und prophetisch gesagt, nur Bildungen von „dauernd revolutionärer Natur“ Raum geben. Auf der Höhe der Erfolge, unmittelbar nach Königgrätz, verlangte die von ihm vertretene Raison der preußischen Politik die Erhaltung und Schonung des österreichischen Reiches.

In dem berühmten Kapital „Nikolsburg“ seines Erinnerungsbuches hat er die Auseinandersetzung mit dem König dramatisch geschildert, der den Geschlagenen bestrafen und ihm eine empfindliche Landabtretung auferlegen wollte. „Der Hauptschuldige“, so berichtet Bismarck von der Meinung des Königs, „könne doch nicht ungestraft ausgehen, die Verführten

könnten wir dann leichter davonkommen lassen, sagte er, und bestand auf den schon erwähnten Gebietsabtretungen von Österreich. Ich erwiderte: Wir hätten nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben; Österreichs Rivalitätskampf gegen uns sei nicht strafbarer als der unsrige gegen Österreich; unsere Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung deutsch-nationaler Einheit unter Leitung des Königs von Preußen.“

Mögen sich die prinzipiellen Gesichtspunkte in der Darstellung dieser Vorgänge beim alten Bismarck stärker in den Vordergrund geschoben haben als die taktischen Rücksichten auf die Gefahr eines französischen Eingreifens, so steht doch fest, daß der Friede von 1866 einer der letzten Friedensschlüsse der europäischen Geschichte ist, bei denen das nach der politischen Vernunft gemessene Maß der Forderungen und nicht ein Rausch des Siegers den Frieden bestimmt haben. Es schmälert auch nicht die politische Leistung des Siegers, daß sein Handeln weniger von Großmut als von politischem Kalkül bestimmt wurde.

Doppelmonarchie als Folge des Verlustes der deutschen Position

Aber war der Österreich zugemutete Verzicht auf Mitbestimmung, Mitwirkung in Deutschland im gleichen Augenblick, in dem die letzte Position in Italien mit Venedig verloren ging, nicht schon eine Forderung, die über die Fassungskraft der Monarchie und ihrer führenden Schichten hinausging? Österreichs politische Existenz war durch den Ausschluß aus Gesamtdeutschland doch weit mehr getroffen, als es dem preußischen Sieger von 1866 bewußt war. Der innere Weg Österreichs hatte in den Verfassungsexperimenten seit 1860 immer mehr den Rückhalt der Regierung auf das deutsch-liberale Bürgertum der „Verfassungspartei“ neben der deutsch-geführten Armee und Bürokratie eingeschränkt. Der erzwungene Rückzug aus der deutschen Politik nahm den deutschen Liberalen einen guten Teil ihrer politischen und geistigen Kraftreserven. Es erwies sich, in welchem Umfange das eigentümliche Gebilde Österreich seine Lebensmöglichkeit in der gesamtdeutschen Welt des Deutschen Bundes besaß, die für Österreich die richtige Mitte zwischen nationaldeutscher Verbindung und staatlich-österreichischer Selbständigkeit dargestellt hatte. Die Wendung

von 1866 mußte daher notwendig zu einer Strukturänderung des österreichischen Staates, einem stärkeren Hervortreten aller nicht-deutschen Elemente in ihm führen; im letzten wurde damit der endlose Weg einer dauernden Krise eingeleitet, die von jetzt an die Monarchie nicht mehr verlassen sollte.

Daß dieser Prozeß verfassungspolitisch bis zum Ende der Monarchie nie über den privilegierten Status der magyarischen Nation hinausgekommen ist, ist die Folge bestimmter geschichtlicher Umstände gewesen, wie sie sich gerade um 1866 herausgebildet hatten. Im September 1865 war das deutsch-zentralistische Februarpatent von 1861 sistiert worden, das von den nicht-deutschen Nationen boykottiert worden war. Die ungarische Mittelpartei erstrebte nun von sich aus einen Ausgleich und erklärte schon im Februar 1866, also noch vor Königgrätz, ihre Bereitschaft, über Vorschläge zu beraten, die sowohl der staatsrechtlichen Selbständigkeit Ungarns wie den Lebensbedingungen der Gesamtmonarchie gerecht würden. Da die Deutschen durch die Verfassungsisolierung fürs erste tatsächlich ausgeschaltet

waren, sind die Ungarn in der kritischen Zeit von 1865/66 die einzigen Verhandlungspartner der Krone in den Beratungen über den Umbau der Monarchie gewesen.

Unter dem Eindruck der großen Niederlage in der deutschen Politik hat sich diese Lage für die Ungarn nur noch gebessert, als dann der ehemalige sächsische Ministerpräsident Freiherr von Beust als österreichischer Reichskanzler diese Verhandlungen im Jahre 1867 durch die sogenannten Ausgleichsgesetze zu Ende führte. Diese Gesetze stellten zuerst die Wiederherstellung des Königreichs Ungarn fest und enthielten erst dann Vereinbarungen zwischen dem Kaiser und Vertretern Ungarns über gemeinsame Institutionen der beiden Reichshälften, von denen die ungarische in stärkerem Maße Staatscharakter besitzt als die „cisleithanische“, die nicht einmal einen eigenen Namen führt. Die österreichisch-ungarische „Doppelmonarchie“ muß in ihrer eigenartigen, jedem staatsrechtlichen Schematismus widerstrebenden Form neben den neuen Norddeutschen Bundesstaat als Ergebnis der deutschen Krise von 1866 festgestellt werden; während in diesem die zentrifugalen Kräfte von einer starken einheitlichen Staatsbildung aufgefangen wurden, haben sie dort auflösend und komplizierend gewirkt. Die Intensivierung der Staatsmacht im werdenden kleindeutschen Nationalstaat mußte um den Preis einer Auflockerung an der Peripherie erkaufte werden. Die Problematik dieser Auflockerung bestand in der inneren Unmöglichkeit, in dem neuen Doppelreich die dualistische Struktur, die den multinationalen Charakter des Gesamtreiches mehr verdeckte als offenlegte, zugunsten einer

trialistischen oder noch weiter gehenden zu modifizieren.

Die Machtstellung der ungarischen Nation war eine unbeabsichtigte und eigentümliche Wirkung der deutschen Niederlage Österreichs 1866 und der ihr vorausgehenden Politik. Daß ihr Ergebnis sich sozusagen versteinerte, hat den Untergang des Habsburgerreiches ganz wesentlich gefördert. Es gehört damit zu den Ergebnissen des Jahres 1866, daß in der österreichischen Politik keine Kraft zur Umkehr mehr lebendig zu sein schien. Ebensovienig wie die Ausschaltung der deutschen Österreicher aus der engeren deutschen Politik niemals mehr rückgängig gemacht werden konnte — abgesehen von der kurzen Frist von 1938 bis 1945, für die besondere politische Bedingungen zugrunde gelegt werden müssen — ist auch die dualistische Struktur von 1866/67 niemals mehr ernstlich beseitigt worden. Österreich, das seine Positionen in Deutschland und Italien verloren hatte, verblieb als einziges Ausdehnungsfeld der Balkan, eben der Boden, durch dessen Nationalitätskämpfe ihm schließlich der Untergang bereitet werden sollte.

So ist für die europäische Politik die Erschütterung Österreichs die stärkste und nachhaltigste Fernwirkung von Königgrätz gewesen. Der Durchsetzungsprozeß der nationalstaatlichen Bewegung in Mitteleuropa, für den in Deutschland und in Italien das Jahr 1866 ein wichtiges Datum gewesen ist, schien zunächst das überlieferte Staatensystem der Pentarchie nicht von seinen Fundamenten her zerstören zu wollen: Der Schwächung des einen, Österreichs, entsprach die Stärkung des anderen, Preußens.

Die Geschichte ist über 1866 hinweggegangen

Das System selbst blieb fürs erste intakt. Auch das Aufkommen einer hegemonialen Macht stand zunächst noch nicht zur Debatte, solange Frankreich, wenn auch in seinem Selbstbewußtsein schwer getroffen, noch standhielt. Erst seit 1870/71 ist die Frage einer deutschen Hegemonie aufgetaucht; Bismarck hat sie in seinem Sinne beantwortet und vor einer offenen Hegemonie angesichts der prekären Lage Deutschlands gewarnt. Aber dies alles lag noch im Schoß der Zeiten. Königgrätz war eine wichtige Etappe, aber es war doch im ganzen, wenn man seine europäische Bedeutung zu ermessen sucht, ein Durchgang zu Späterem,

Kommendem. Der preußische Sieg entfesselte eine ungeheure Dynamik, durch die Altes von der politischen Bildfläche weggespült wurde, Neues, noch Unfertiges, Undeutliches an seine Stelle trat.

Heute, nach hundert Jahren, sind unsere Maßstäbe andere geworden. Unter den großen Schlachtenentscheidungen der deutschen Geschichte steht für unser Bewußtsein nicht mehr Königgrätz, ja auch nicht mehr Sedan voran, sondern Verdun oder Stalingrad. Die Ergebnisse des preußischen Sieges und der österreichischen Niederlage sind beide von der Geschichte weggefegt worden: Von den ver-

tragsschließenden Staaten des Jahres 1866 existiert weder Preußen noch das alte Österreich mehr, von den kleineren nur noch die süddeutschen Länder in einer völlig veränderten Welt und in veränderter Gestalt die 1866 annektierten, nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererstandenen Staaten als Glieder eines verkleinerten, geteilten Deutschlands. In paradoxer Umkehrung sind die alten Grenzen der 1866 von Preußen annektierten Staaten — Hannovers, Kurhessens und teilweise auch Schleswig-Holsteins — ein Stück der Grenzen der deutschen Teilung seit 1945. War 1866 Großdeutschland in der Gestalt des Deutschen Bundes zerstört worden, so ist seither auch Kleindeutschland, geschaffen zwischen 1866 und 1871, ein Opfer der geschichtlichen Nemesis geworden.

Das deutsche Reich von 1871 ist gespalten. Die Orte der Entscheidungen von 1866, Königgrätz, Nikolsburg, Prag liegen im Bereich der kommunistischen Welt. Nicht nur Österreich mußte 1918 seine Stellung in Böhmen räumen, seit 1945 sind auch die letzten deutschen Bewohner von dort vertrieben worden, nachdem eine deutsche Herrschaft von brutaler Härte über Böhmen und Mähren zusammengebrochen war.

Verlorene gegen neu gewonnene Werte

Was im allgemeinen gilt, trifft auch für eine historische Stunde wie die von 1866 zu. Sie hat uns auf die Wege der starken Staatsmacht geführt und sie hat uns auf der anderen Seite ärmer gemacht. Sie war ein Sieg des politisch-staatlich bestimmten Nationalprinzips, wie es das Jahrhundert geformt hat, über das volksnationale großdeutsche Prinzip ebenso wie über die universale Reichsidee, die im Deutschen Bunde fortgelebt hatte. Viele deutsche Überlieferungen und Werte sind in ihr zugrunde gegangen, ein großer Reichtum und eine Vielfalt des deutschen Geistes gingen verloren. Deutschland ist seither uniformer geworden, uniformer unter dem Gesetz eines Staatswesens, das mit rationaler Präzision seine Ziele zu verfolgen strebte. Der Ausfall Österreichs hat uns um viele Nuancen des deutschen kulturellen Lebens, um manche Leichtigkeit und Eleganz des Lebensstils beraubt. Die süddeutschen Staaten, ohne den Rückhalt an Österreich, konnten kein volles Gegengewicht gegen diese Entwicklung bilden. Aber von Preußen ging der Erfolg der deutschen Wissenschaft aus, die „im Gleichschritt

Was hat darum die Erinnerung an Ereignisse zu besagen, die nicht nur durch ein Jahrhundert von uns getrennt sind, sondern deren Schauplatz uns ferner gerückt ist, als er es jemals zuvor war? Diese Frage muß gestellt werden, ja sie betrifft überhaupt den ganzen Ereigniskomplex unserer nationalstaatlichen Einigungsgeschichte, die heute wie ein ungeheures Trümmer- und Ruinenfeld vor uns liegt. Zu feierlicher Begehung von Zentenartagen ermuntert das nicht, aber zu ernster Nachdenklichkeit und Besinnung. Ein Volk bereitet sich seine Geschicke selbst, aber es tut dies nie allein auf sich gestellt, es sieht sich immer in der Mitte zwischen andere Völker, andere Staaten gestellt, und wir Deutschen sind dies noch in einem besonderen Maße. Die Erinnerung an unsere Einigungsgeschichte ist daher eine ständige Mahnung, sich dieser Verstrickung in unserer Umwelt bewußt zu werden, das Bewußtsein zu stärken, daß wir auf andere angewiesen bleiben, auch dann, wenn wir unser eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Die großen Momente unserer Geschichte haben ihre Faszinationskraft verloren, aber sind sie deshalb nicht nach wie vor ein Teil des historischen Schicksals, das wir uns geschaffen haben und das uns geschaffen wurde?

und in Wechselwirkung“ mit staatlicher Macht emporgekommen sei, wie Max Lenz in seiner Geschichte der Berliner Universität es darzustellen versuchte. Dem Geist der Objektivität, ruhiger Betrachtung, vorurteilsloser Forschung habe der Nationalstaat freie Bahn gemacht. So stehen verlorene Werte gegen neu gewonnene, und der Historiker wird sich hüten, nur von den gewonnenen oder den verlorenen zu sprechen. Er hat vor allem darauf hinzuweisen, daß es zum Wesen der Geschichte gehört, daß sie nicht zurückgedreht werden kann.

1866 ist deutsches Schicksal auch dadurch geworden, daß hundert Jahre in seinem Zeichen verfließen sind. Wir können nicht in ein Deutschland vor 1866 zurückstreben, aber wir können wohl fragen, ob dieses ältere Deutschland Werte und Traditionen enthält, die für unsere Zukunft Bedeutung erlangen können: so die größere Universalität des Geistes, die Weltläufigkeit, ja Weltdienstbarkeit eines gesamtdeutschen Staatsgebildes, wie es der Deutsche Bund war, die Rücksicht auf regionalistische Empfindungen, die sich in föderalistischen

Ordnungen niedergeschlagen haben. Das alles erscheint uns aus der Distanz, aber auch in der inneren Verbundenheit mit unserer Geschichte liebenswert, nachahmenswert, wenn wir auch nicht vergessen können, daß der Nationalstaat seit 1866/71 unser Geschick als Industrialisation, als Machtgebilde in der Welt, als

Schicksalsgemeinschaft in guten und bösen Tagen geprägt hat. Das Gedenken an das Jahr 1866 führt uns auf diese Weise zum alten und zugleich zum neueren Deutschland zurück. Es bleibt ein inhaltsreiches, bedeutungsschwangeres, aber problematisches Datum in unserer Geschichte.

Preußen und das Jahr 1866

Weder Entrüstung noch Begeisterung ergeben realistisches Geschichtsbild

In der Erinnerung der Nachlebenden liegen die Jahre 1866 und 1870/71 nicht nur zeitlich dicht nebeneinander. Die Annahme einer scheinbar folgerichtigen, zielstrebigem Politik, in deren Verlauf die gesamtdeutsche Geschichts- und Lebensgemeinschaft zerbrach und die hegemoniale Stellung Preußens begründet wurde, kann sowohl dem Gefühl moralischer Entrüstung als auch dem Pathos der Begeisterung entstammen. Für beide Verhaltensweisen ließen sich historiographische Beispiele anführen, aber beide entsprechen nicht der historischen Wirklichkeit. Eine ästhetisierende Geschichtsschreibung mochte noch dazu neigen, in den Kriegen der Reichsgründungsperiode die Akte eines einheitlichen Dramas wiederzuerkennen¹⁾.

Die Zeitgenossen einer Epoche wie die Nachlebenden stellten immer wieder die Frage nach den Kausalitäten; sie suchten nach den Ursachen für das, was sie als Glück oder Unglück empfanden. Sie sannten über die angeblich „falschen“ Weichenstellungen nach, die den geschichtlichen Gang seither bestimmt hätten. Eine Gestalt wie Bismarck und die Entscheidungen des Jahres 1866 sind besonders geeignet, eine solche Betrachtungsweise anzuregen. Man durchdachte die Alternativen zwischen den Chancen, die eine liberale Politik gehabt haben würde, und der preußischen Politik unter Bismarck. Im Zusammenhang

solcher Überlegungen gibt es zu denken, wenn Franz Schnabel in einer sehr kritischen Betrachtung über Bismarck feststellt: „In der Tat fürchtete man in den Kabinetten mehr die Ideologie der deutschen Liberalen und Demokraten als die Machtendenzen des preußischen Staatsmannes.“²⁾ Dieser Sachverhalt kann nicht nur am Gang der auswärtigen Politik Preußen-Deutschlands unter Bismarck, sondern an der preußischen Geschichte im 19. Jahrhundert überhaupt beobachtet werden.

Im preußischen Liberalismus, nicht in der konservativen Staatspolitik lagen Elemente, die dahin drängten, Preußen nicht nur mit freiheitlichen Institutionen zu versehen, sondern auch stark und erobertsfähig zu machen. Die Liberalen im allgemeinen Sinne des Wortes waren ebenso mit der konservativ-reaktionären Innenpolitik wie mit der stagnierenden Außenpolitik unzufrieden. Das zentrale europäische Ereignis des Krimkrieges in der Mitte des Jahrhunderts läßt den Zwiespalt zwischen der bei mannigfachen Schwankungen doch auf Bewahrung des Friedens gerichteten amtlichen Politik und den liberalen Zielsetzungen des Liberalismus deutlich erkennen. Ein liberaler Kreuzzug gegen Rußland wäre damals populär gewesen, und ein solcher Krieg gehörte, selbstverständlich in wechselnder Stärke, zum außenpolitischen Konzept des Liberalismus wie später des Sozialismus.

Keine aggressive Außenpolitik Preußens zwischen 1763 und 1863

Ein Blick auf die Geschichte bestätigte durchaus die Auffassung von einer „tatenlosen“

¹⁾ Der Aufsatz enthält gelegentlich und ohne Vermerk Gedanken und Formulierungen, die in gedruckten Arbeiten des Verfassers enthalten sind; vgl. W. Bußmann, Das Zeitalter Bismarcks, 3. durchgesehene und ergänzte Aufl., Konstanz 1965; Europa und das Bismarckreich, in: Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte, hrsg. v. Otto Hinrichs u. Wilhelm Berges, Stuttgart o. J.; Otto von Bismarck, Geschichte — Staat — Politik, hrsg. v. Institut für Europäische Geschichte Mainz, Wiesbaden 1966.

preußischen Außenpolitik. Preußen hatte zwischen 1763 und 1863 keine aggressive Politik getrieben. Die wenig großmächtige Politik Preußens in den fünfziger Jahren veranlaßte das Weltblatt „Times“ zu folgendem Urteil: „Preußen muß immer sich an irgendwen anlehnen, es sucht immer nach fremder Hilfe, aber will selbst niemandem beistehen. Preu-

²⁾ Franz Schnabel, Das Problem Bismarck, in: Hochland, Jg. 42, 1949, S. 7.

Ben wird immer verhandeln, aber es findet nie einen Entschluß. Es findet sich gern auf Kongressen ein, aber es fehlt auf den Schlachtfeldern . . ., es ist immer bereit, eine Menge von Idealen und Gefühlsmomenten vorzubringen, aber seine Politik scheut zurück vor allem, was nach Realität und Aktualität schmeckt. Preußen besitzt eine starke Armee, aber diese ist bekanntermaßen nicht in der Lage zu fechten. Niemand zählt mit Preußen als Freund, niemand fürchtet es als Feind. Wie Preußen zu einer Macht wurde, erzählt uns die Geschichte; wie es eine bleiben will, kann niemand sagen. . . . Ohne fremde Unterstützung kann Preußen

weder den Rhein noch die Weichsel gegen seine ehrgeizigen Nachbarn verteidigen.“³⁾

Es hing selbstverständlich jeweils mit dem politisch-weltanschaulichen Standpunkt der Zeitgenossen zusammen, ob sie über den historischen Befund, den die „Times“ beschrieb, befriedigt waren oder nicht und ob sie einem solchen Urteil zustimmten oder nicht. Wenn das Urteil der englischen Zeitung, dem die zeitgeschichtlichen Erfahrungen der fünfziger Jahre zugrunde lagen, zutreffend war, so bedeutete es, daß die mehr zitierte als wirklich verstandene friderizianische Tradition des Staates erloschen war.

Wiederaufnahme der „friderizianischen Tradition“?

Vielleicht hängt die Erschütterung des Jahres 1866 mit der Erfahrung oder dem Glauben der Zeitgenossen in und außerhalb Preußens zusammen, diese sogenannte friderizianische Tradition sei wieder aufgelebt. Wir wollen an dieser Stelle die Problematik wie die Realität dieser Tradition dahingestellt sein lassen, aber wir müssen doch die Feststellung bekräftigen, daß sie in der Gegenwart des Jahres 1866 leidenschaftlich diskutiert wurde.

Die Zeitgenossen und die nachsinnenden Historiker glaubten, entweder den Bazillus des Friderizianismus wieder in seiner Virulenz beobachten zu können oder den Flügelschlag einer verschütteten friderizianischen Vergangenheit zu vernehmen. Für die eine Auffassung kommt dem welfischen Historiker Onno Klopp, der nach der Annexion Hannovers Geschichtslehrer des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand wurde, repräsentative Bedeutung zu. Er hat sich des Ausdrucks „Friderizianismus“ bedient und ihn so erläutert: „Es ist nach außen das Streben der Eroberung, welches keine Grenze findet an einem moralischen Wollen, sondern lediglich an dem physischen Können. Es ist nach innen das Prinzip des militärischen Absolutismus, als der steten Bereitschaft zum Eroberungskriege.“⁴⁾ Onno Klopp ist eine Fundgrube für Argumente, die gegen den preußischen Staat seither geltend

gemacht wurden. Auf der anderen Seite schwankten im liberalen Lager die Meinungen hin und her. In diesem Meinungsstreit halten sich die positiven wie die negativen Erinnerungen an Friedrich den Großen gleichsam die Waage. Die Liberalen wünschten sich den Glauben an „einen vernünftigen Zusammenhang der Begebenheiten“, an eine „stille Entwicklung“, an eine friedliche Vereinigung zwischen Nord- und Süddeutschland zu erhalten. Es gab in ihrem Lager aber auch Stimmen, die nach dem „großen Manne“ riefen und die an Friedrich den Großen erinnerten. Sobald sich diese Männer davon überzeugten, daß Bismarck in seiner „Eisen und Blut“-Rede nicht etwa nur renommiert halte, fanden sie — wenn auch in schweren inneren Auseinandersetzungen — den Weg zur Aussöhnung mit ihm. Der demokratische Politiker Franz Ziegler sprach in einem Brief einen Gedanken aus, den manche Gesinnungsfreunde mitdachten, aber als unvorsichtige Wahrheit nicht auszusprechen wagten: „Man ginge gerne durch den Cäsarismus, wenn ein Cäsar da wäre“. Er konnte nur so schreiben, weil er über keine praktischen Erfahrungen mit dem „Cäsarismus“ verfügte und weil er — wie die Mehrzahl der Liberalen und Demokraten — vom Glauben an die sich stets wiederherstellende Rechtsordnung erfüllt war.

⁴⁾ Onno Klopp, *Der König Friedrich II. von Preußen und die deutsche Nation*, Schaffhausen 1860, 2. Aufl. 1867, S. 541.

³⁾ Vgl. dieses Zitat bei Siegfried A. Kaehler, *Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1961, S. 348.

Zerreißung des gesamtdeutschen Lebens- und Geschichtsgefhls

Zu den Männern, die damals einen erregenden und leidenschaftlichen Konflikt zwischen Recht, Sittlichkeit und der Bejahung einer preußischen Machtpolitik ausfochten, gehörte Heinrich von Treitschke. Er lehnte es ab, die Kriegsmanifeste im preußischen Hauptquartier zu schreiben: „... ich konnte nicht mich einer Politik verpfänden, deren letzte Ziele nur *ein* Mann kennt, deren Sünden zu bessern ich keine Macht besitze; ich konnte nicht um eines sehr zweifelhaften Erfolges willen meinen ehrlichen Namen aufs Spiel setzen.“⁵⁾ An Treitschke, der auf verschiedenen Stationen seiner Laufbahn kräftig auf die öffentliche Meinung eingewirkt hat, kommt die Zerreißung eines gesamtdeutschen Lebens- und Geschichtsgefhls deutlich zum Ausdruck. Er sah im habsburgischen Kaiserreich politisches und geistiges Ausland, ja Feindesland, und er hat auf diese Weise zur geistigen Kriegsbereitschaft gegen Österreich nicht unerheblich beigetragen. Für ihn wie für andere Historiker und Publizisten verstand sich die Trennung von Österreich gewissermaßen von selbst, da ihrer Ansicht nach die Dreiheit von Protestantismus, Idealismus und Liberalismus die Grundlage eines nationalen Lebens darstellte. Solche Anschauungen machen das Erschrecken des deutschen Katholizismus über die Entscheidungen des Jahres 1866, über das Ausscheiden Österreichs verständlich. Je mehr sich der Gedanke

eines kleindeutschen Reiches — der seit 1848 gängige Ausdruck ist nicht glücklich gewählt — unter Führung Preußens durchsetzte und schließlich durch Bismarcks überlegene Staatskunst verwirklichte, desto schärfer wurde die konfessionelle Unterscheidung empfunden.

Über den Inhalt der „nationalen Frage“ und über das, was eigentlich „national“ sein sollte, gingen die Meinungen weit auseinander. Vor der steigenden Flut des Liberalismus zog sich der deutsche Katholizismus in eine Defensive zurück, in der — das muß sogleich hinzugefügt werden — sein Verständnis für die moderne Kultur und für die industrielle Entwicklung nicht wachsen konnte. Für die Stellung der deutschen Katholiken wurde es außerdem folgenreich, daß der neue preußisch-deutsche Staat im geistigen Bündnis mit dem Liberalismus entstanden war. Daß ein solches Bündnis Bismarcks Grundüberzeugungen wenig entsprach, stellt ein Problem dar, auf das hier nicht eingegangen werden kann. Unter den Faktoren, die zur Isolierung des Katholizismus beitrugen, hat der in sich noch so heterogene Liberalismus einen wesentlichen Anteil gehabt, aber das Verhalten der deutschen Katholiken selbst hat den Erfolg solcher Isolierung nur erleichtern können. Die Essenz der liberalen Aussagen lag letztlich in dem Anspruch, zu bestimmen, was deutsch und nichtdeutsch, bzw. was national und nichtnational sei.

Kleindeutsch-protestantischer Liberalismus — großdeutscher Katholizismus

Die Gleichsetzung von liberal und deutsch führte zu einer Verengung des nationalen Selbstverständnisses, erreichte im Jahre 1866 einen Höhepunkt und wirkte fort in einer Geschichtsschreibung, deren Spuren lange nicht verwischt wurden. Der Sieg von Königgrätz wurde als Sieg eines kulturell verstandenen Protestantismus über den römischen Katholizismus gepriesen — in dieser literarischen Interpretation, der Bismarck selbst fern stand, lag ebensoviel Entstellung wie idealistisches Pathos. Solche Interpretation konnte indes die deutschen Katholiken nicht unberührt lassen, zumal die Entscheidung des Jahres 1866 die bisherige Konstellation der Konfessionen in

Deutschland und in Europa entscheidend verändert hatte. Der politische Katholizismus von großdeutscher und föderalistischer Gesinnung gehörte mit zu den Besiegten von 1866. Wenn es sich auch sehr rasch erwies, daß von der gelegentlich auftauchenden Vokabel „evangelisches Kaisertum“ auf die Dauer keine werbende Kraft ausging, so muß gleichwohl die Beunruhigung des katholischen Kirchenvolkes ernst genommen werden.

Die Herkunft aus großdeutscher Gesinnung konnte die Distanz zum werdenden und sich begrenzenden nationalen Staat unter preußischer Hegemonie nicht verringern. Auf diese Weise wurde ein Prozeß fortgesetzt, der bereits in den fünfziger Jahren eingesetzt hatte,

⁵⁾ Heinrich v. Treitschke, Briefe, Bd. 2, S. 478.

als das kleindeutsch-protestantische Lager die wirkungsvollsten Geister versammelte und als die großdeutsch-katholische Geschichtsschreibung den kleindeutsch-protestantischen Historikern keine ebenbürtige Kraft entgegensetzen konnte. Es sollte jedoch daran erinnert werden, daß noch im Epochenjahr 1859 die großdeutsch-katholische Stimmung entflammt war, im Süden Deutschlands selbstverständlich mehr als im Norden. Die Stimmung breiter Kreise hatte damals in Ludwig Bauers Lied „O Deutschland hoch in Ehren“ Ausdruck gefunden, das im Ersten Weltkrieg zu einem vielgesungenen Lied wurde und das die Stimmung für Österreich in den Versen widerspiegelt: „Lasset hoch das Banner wehn / Lasset uns kühn und treu / Mit den Völkern

Osterreichs gehn.“ Diese Stimmen waren längst verklungen, und auch der österreichische Bundesreformplan des Jahres 1863 — in dem die der kriegerischen Auseinandersetzung von 1866 vorausgehende Reformbewegung gipfelt — vermochte die Empfindungen nicht zu verändern.

Man darf wohl sagen, daß der Deutsche Bund unter österreichischer Führung einem großen Teil der Menschen, die sich politisch oder literarisch zu Wort meldeten, kein politisches Heimatgefühl vermittelt hatte. Die Zeitgenossen des Deutschen Bundes waren außerdem von seiner Verteidigungsfähigkeit durchaus nicht überzeugt. Ein Urteil über die Entwicklungsfähigkeit des Bundes ist damit allerdings noch nicht gefällt.

Oppositionelle Strömungen in Preußen gegen die Politik Bismarcks

Indes — die Liberalen, von denen bislang die Rede war, repräsentierten ja nicht die öffentliche Meinung in Preußen schlechthin, auch wenn sie glaubten, diesen Anspruch begründen zu können. Daß die preußischen Konservativen trotz der Heeresorganisation, deren Erfolg der Ministerpräsident durch seine Politik ermöglicht hatte, eine Zuspitzung der Beziehungen zu Österreich fürchteten, versteht sich fast von selbst. Über den Bekenntnissen der Altkonservativen zu einem Zusammengehen mit Habsburg darf aber nicht vergessen werden, daß der in sich keineswegs einheitliche preußische Konservatismus ebenfalls von einem tiefen Mißtrauen gegen das katholische Österreich erfüllt war. Hinzu kam ein soziales Unterlegenheitsgefühl des preußischen Kleinadels gegenüber der österreichischen Aristokratie.

Die „eingeweihten Kreise“ der preußischen Diplomatie waren besonders mißtrauisch gegen einen Mann, der ohne Vorbereitung 1851 einen der höchsten diplomatischen Posten erhalten hatte und der auch durch die Erfolge in Schleswig-Holstein kaum an beruflicher Glaubwürdigkeit gewonnen hatte. Sie vermißten an ihm — ähnlich wie die Liberalen, wenn auch in anderer Weise — das „Stetige“, „das Kontinuierliche“, den „vernünftigen Plan“. Ein beträchtlicher Teil sowohl der Gesandten als auch des diplomatischen Personals im Auswärtigen Amt selbst suchten in der kriegsreifen Situation nach Mitteln, den Krieg zu ver-

hindern. Sie konnten nicht glauben, „daß etwas anderes als vollständige Unterwerfung vor den Gegnern angenommen werden würde“, und sie fragten sich, wie Preußen „einen solchen Vernichtungskampf ohne Frieden im eigenen Lande, gegen den Willen der ungeheuren Mehrheit des eigenen Volkes, mit der widerwilligen und größtenteils widerspenstigen Landwehr und Reserve bestehen solle“⁶⁾. Die Gesandten auf auswärtigen Posten mit ihrem ererbten Mißtrauen gegenüber der Zentrale malten sich eine Konferenz aus, auf der der preußische Vertreter „Europa gegenüberzutreten“ die Aufgabe habe. Die ironische Frage des preußischen Ministerpräsidenten: „Who is Europe?“, hatte sich sicherlich ebenso herumgesprochen wie die Antwort des britischen Botschafters: „Eine Reihe großer Staaten“.

Die Sorge über die Zuverlässigkeit der Bevölkerung und vor allem der Reserve herrschte übrigens nicht nur in den — wie wir sagten — „eingeweihten Kreisen“, sondern sie wurde auch von aufmerksamen Beobachtern des Zeitgeschehens geteilt. So schrieb der bereits erwähnte Franz Ziegler: „... Es geht alles aus den Fugen; wenn man das Betragen der eingezogenen Reservisten und Landwehrmänner sieht und ihre Redensarten hört, so begreift

⁶⁾ Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode, Robert Heinrich Graf von der Goltz, Oldenburg 1941, S. 432 ff.

man nicht, wie die Offiziere sie noch überhaupt führen sollen.“⁷⁾ Die Feststellung einer geistigen Kriegsbereitschaft, von der vorhin die Rede war, muß also durch die Beobachtung ergänzt werden, daß die Preußen offensichtlich nicht fröhlich „zu den Fahnen eilten“. Die diplomatische Opposition sah sich in den Tagen der Kriegsvorbereitung wie der Mobilmachung auf die Aufgabe beschränkt, „aufmerksam den Gang der Dinge zu verfolgen, sorgfältig Buch

zu führen über die Mißgriffe und Sünden des Systems, um, wenn der Tag der Abrechnung gekommen sein wird, das gesammelte Material zu einem segensreichen Umschwunge bestens zu verwerten, vor allen Dingen aber die Zukunft vor jeder Solidarität mit der Gegenwart möglichst zu bewahren.“⁸⁾ Es sind Gedanken, die uns aus unseren eigenen jüngsten zeitgeschichtlichen Erinnerungen und Erfahrungen merkwürdig vertraut erscheinen.

Der letzte Kabinettskrieg

Die Urteile der preußischen Diplomatie stimmen mit denen der ausländischen verblüffend überein. Es sei nur im Vorübergehen darauf hingewiesen, daß die politisch-diplomatische Urteilsbildung in der Kriegskrisis von 1870 vollkommen anders und zwar zugunsten Preußen-Deutschlands ausgefallen ist. Wenn wir den Kreis, in dem politisch gedacht, gesprochen und agiert wurde, noch weiter ziehen und die deutschen Fürstlichkeiten mit berücksichtigen würden, so träfen wir auf ähnliche Stimmungen und pessimistische Prognosen. Wir müssen aber auch den Umschlag, der mit dem Sieg von Königgrätz stattfindet, beobachten. Am 4. April schrieb die preußische Kronprinzessin ihrer Mutter von dem „bösen Manne“, nämlich Bismarck, der zum Kriege treibe. Am 16. Juli betrachtet sie den Krieg noch immer als einen Fehler, aber ist doch gleichzeitig stolz, „eine Preußein zu sein“. „Ich muß sagen, die Preußen sind eine überlegene Rasse, was Intelligenz und Humanität, Erziehung und Herzensgüte anbetrifft — und deshalb hasse ich die Menschen um so mehr, die durch ihre schlechte Regierungsweise und Verwaltung etc. die Nation der Sympathien berauben, die sie verdiene.“⁹⁾

Wenden wir uns aber dem Gang der Ereignisse in Berlin selbst zu, die in eine kriegs-

reife Situation hineingeführt haben. Graf Moltke, der Chef des Generalstabs, hat die Verursachung des Krieges von 1866 folgendermaßen beurteilt: „Der Krieg von 1866 ist nicht aus der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht für Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut — für Machtstellung. Dem besiegten Österreich wurde kein Fußbreit seines Territoriums abgefordert, aber es mußte auf die Hegemonie in Deutschland verzichten.“¹⁰⁾

In der klaren Sprache des Generalstabs wird ein historischer Befund beschrieben: Der Krieg von 1866 wurde noch als Kabinettskrieg geführt; ja in kriegsgeschichtlichem Zusammenhang beschließt er die Reihe der Kabinettskriege; denn der Krieg von 1870/71 hat in seinem Verlauf bereits die Stufe des Nationalkrieges erreicht und läßt am Aufstand der Kommune schon eine Bürgerkriegssituation erkennen. Der Kabinettskrieg gehörte überdies zum Erfahrungsbereich der damaligen Generation. Daß Machtstellung ein ideales Gut sei, bildete eine unbestrittene Überzeugung der Menschen, die entweder Politik machten oder über sie nachdachten und sie beschrieben.

Ambivalenz der Bismarckschen Politik

Es ist gleichwohl aufschlußreich, die nachträgliche lapidare Feststellung Moltkes in seinen

Denkwürdigkeiten mit seinem wie mit dem Verhalten der preußischen Führungsspitze in der Krisis des Jahres 1866 zu vergleichen. Ein

⁷⁾ Zitiert nach Ludwig Dehio, Die deutsche Demokratie und der Krieg von 1866. Aus dem Briefwechsel von Karl Rodbertus und Franz Ziegler, 1927, S. 240.

⁹⁾ Letters of the Empress Frederick, hrsg. v. H. Ponsoy, London 1928, S. 58 ff. u. S. 64 f.

⁸⁾ Stolberg-Wernigerode, a. a. O., S. 418 f.

¹⁰⁾ Graf Helmut v. Moltke, Geschichte des deutsch-französischen Krieges, 1891², S. 426, in: Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten, 3. Bd.

kurzer Hinweis auf einen preußischen Kronrat vom 29. Mai 1865 soll zunächst gegeben werden¹¹⁾. Die Frage der vollen Annexion Schleswig-Holsteins stand damals zur Diskussion. Der König neigte inzwischen dieser Lösung genauso zu wie die anwesenden Militärs. Moltke gab der Überzeugung Ausdruck, „daß zur Erreichung dieses Zieles Preußen auch einen Krieg gegen Österreich nicht zu scheuen haben würde“. Er glaubte sagen zu dürfen, daß diese Ansicht auch „von der Armee“ geteilt werde. Der oftmals gebrauchte Begriff „Armee“ konnte im militärischen Sprachgebrauch nur den Kreis der Kommandierenden Generale bedeuten. Seine persönliche Aufzeichnung enthält über das militärische Urteil hinaus den seinen Rechtssinn kennzeichnenden Vermerk, daß der wichtige Punkt, „wie man den begründeten Ansprüchen Österreichs gerecht werden wolle“, im Verlauf der Sitzung nicht besprochen worden sei. Der militärische Ratgeber des Königs dachte über das Recht des Rivalen nach! Unter den Teilnehmern dieses Kronrats widerriet indessen gerade der Ministerpräsident von Bismarck einer Entscheidung, die einen Krieg gegen Österreich zwangsläufig herbeiführe — auch wenn „der gegenwärtige Moment zu einem kriegerischen Zusammenstoß mit Österreich, welcher bei der traditionellen preußenfeindlichen Politik des Wiener Kabinetts früher oder später doch kaum zu vermeiden sein werde, günstigere Chancen darbiere“.

Es wird eine kaum eindeutig zu beantwortende Frage bleiben, ob und wie lange sich Bismarck

zu jenem Zeitpunkt den Weg eines Ausgleichs mit Österreich auf der Grundlage eines Hegemonieanspruchs über Norddeutschland noch offen halten zu können glaubte bzw. wünschte oder ob er diesen Krieg bereits damals für unvermeidlich hielt. Seine Politik der sechziger Jahre läßt sich nicht nach Maßgabe einer einheitlichen Konzeption oder eines Systems begreifen. Seine politische Zielsetzung blieb damals in jedem Falle auf die Erweiterung der preußischen Großmachtstellung bezogen. Diplomatische Maßnahmen, die eine günstige Ausgangsstellung für einen eventuellen Krieg vorbereiten sollten, ergänzten oder wechselten ab mit Aktionen, die auf Verständigung mit dem politischen Konkurrenten gerichtet waren.

So läßt die Vorgeschichte des Krieges von 1866 eine Ambivalenz der preußischen, das heißt der Bismarckschen Politik durchaus erkennen. Vom Standpunkt preußischer Interessenpolitik hielt sich der Ministerpräsident sowohl für ein sachliches Arrangement als auch für eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem österreichischen Rivalen bereit. In der gedanklichen Verarbeitung der politischen Erfahrungen der letzten Jahre hatte sich der Kriegsgedanke sicherlich immer stärker durchgesetzt, aber die Bereitschaft zu einem friedlichen Ausgleich auf der Grundlage befriedigter preußischer Interessenpolitik bis in den Mai 1866 blieb gleichwohl erhalten und bedeutete durchaus nicht nur Taktik. Wenn die Darstellung solcher Ambivalenz widersprüchlich ausfällt, so entspricht sie eben einem historischen Sachverhalt, der in sich selbst widersprüchlich war.

Preußische Machtpolitik beginnt sich der nationalen Motive zu bedienen

Moltke hatte in seiner Darstellung die Summe aus der diplomatisch-militärischen Vorgeschichte des Krieges gezogen: Preußen war nicht bedroht, sondern — um den wichtigsten Satz noch einmal zu wiederholen — „es war ein im Kabinetts als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf...“ Diese Aussage entspricht sicherlich dem Ergebnis eines anderen Kronrats, der am 28. Februar 1866 stattfand¹²⁾. Er stellte die entscheidende Frage nach Krieg oder Frieden und gelangte zu dem Ergebnis, dem für unvermeidbar gehaltenen Krieg nicht auszuweichen,

ohne indessen seinen Ausbruch bewußt herbeizuführen. Der Verlauf dieses Kronrats ließ keinen Zweifel darüber, daß in der erwarteten kriegerischen Auseinandersetzung „nicht bloß um die Herzogtümer, sondern auch um Preußens Stellung in Deutschland“, das heißt mindestens um die preußische Hegemonie über das nördliche Deutschland gekämpft werden würde. Dieser Kronrat hat die diplomatische Vorbereitung des Krieges, also die „Gewinnung auswärtiger Bundesgenossen“, eingeleitet.

Es ist überaus fesselnd zu beobachten, wie in die damalige Kabinettspolitik, vornehmlich in ihrer Begründung, gerade solche Vorstellungen eindringen, die der Chef des Generalstabs in seiner historischen Rechtfertigung aus-

¹¹⁾ Protokoll des Kronrats, in: Auswärtige Politik Preußens, Bd. VI, Nr. 100, S. 174 ff.

¹²⁾ Protokoll des Kronrats, a. a. O., Nr. 499, S. 611 ff.

schließt. In einer für Moltke aufgesetzten Verhandlungsinstruktion hieß es bezeichnenderweise, daß „wir die Holsteinische Angelegenheit lediglich als eine Episode der großen deutschen Frage zu behandeln und letztere in den Vordergrund zu stellen haben werden“. Es handelt sich um preußische Großmachtspolitik, die für sich die Identität mit den „deutschen Interessen“ in Anspruch nimmt. Auf dieser Stufe der Entwicklung spielt das „nationale Motiv“ noch keine Rolle. Es erweist sich aber als eine sehr brauchbare Waffe im Kampf gegen das Vielvölkerreich der Habsburger Monarchie und auch im Kampf um die öffentliche Meinung. Der Sinn des „nationalen Motivs“ oder der „deutschen Frage“ liegt zunächst in der taktischen Verwendbarkeit; indem das „Nationale“ aber einmal verwendbar geworden war, entfaltete es gewissermaßen eine selbständige und eigene historische Wirkungskraft, der sich selbst derjenige, der sich seiner nur bis zu einer gewissen Grenze zu bedienen gedachte, auf die Dauer nicht entziehen konnte.

Zu den nationalen Gesichtspunkten, die in den Mittelpunkt der Argumentation geschoben wurden, kamen noch europäische Rücksichten hinzu. An der Verbindung werden die Zeichen

eines Epochenwandels sichtbar. Jene Instruktionen, die davon überzeugen sollen, dieser Kabinettskrieg werde letztlich nur zur Verteidigung von „Vitalinteressen“ geführt, lenken auf beide Komplexe die Aufmerksamkeit: „Die öffentliche Meinung Europas ist in dieser Beziehung empfindlich . . . So zwingend und vor dem eigenen Forum gerechtfertigt auch die inneren Gründe einer solchen Aggression sein möchten: die öffentliche Meinung bedarf einer Rechtfertigung, um den scheinbaren Friedensstörer nicht zu verdammen“. ¹³⁾ Das Wort „Aggression“ ist gefallen und sollte für die Beurteilung der Vorgeschichte des Krieges von 1866 nicht übersehen werden, damit der Stilwandel der preußisch-deutschen Politik seit 1871 richtig gewürdigt werden kann. „Vitalinteressen“ erhielten nach der Gründung des deutschen Reiches einen ganz anderen Inhalt und eine andere Bedeutung. Das „Lebensinteresse“, eine gängige und ernst zu nehmende Vokabel in der politischen Sprache der siebziger und achtziger Jahre, deckte die Erhaltung des Besitzstandes in den Grenzen von 1871 sowie den Bestand des habsburgischen Verbündeten. „Vitalinteressen“ Preußens umschloß vor 1866 — jedenfalls in der Interpretation Bismarcks — die noch zu erobernde Machtstellung Preußens in Deutschland.

Krieg wurde gegen die öffentliche Meinung vorbereitet

Das Ziel solcher Machtstellung mochte wechseln zwischen der Idee der Gleichberechtigung mit Österreich im Bunde und einer hegemonialen Stellung Preußens nördlich der Mainlinie, wobei stets die Frage offen blieb, ob die jeweils erreichte Machtstellung nur die Vorstufe zu einer noch höheren preußisch-deutschen Machterweiterung gewesen wäre. Diese Frage wirkte begreiflicherweise sowohl in der öffentlichen Meinung als auch in der europäischen Diplomatie nach 1871 fort. Der Übergang von einer Politik, die das europäische Staatensystem revolutioniert und Preußen-Deutschland in drei siegreichen Kriegen erheblich vergrößert hatte, zu einer konservativen Politik, der nur an der Erhaltung des Gewonnenen und an der Aufrechterhaltung des Friedens lag, gab den Beobachtern Rätsel auf und konnte nicht von vornherein glaubwürdig erscheinen.

Der angedeutete Vergleich zwischen Bismarcks Begründung des Krieges von 1866 im Stadium der Vorbereitung und Moltkes allerdings nach-

träglicher Erläuterung sollte noch durch eine Bemerkung abgeschlossen werden. Moltke leugnet mit Recht irgendeine Bedeutung, die der „öffentlichen Meinung“ oder der „Stimme des Volkes“ in der kriegsreifen Situation zugekommen wäre. Und doch stand gerade er selbst, der Chef des Generalstabs, anders als der preußische Ministerpräsident, in enger Fühlung mit den Bedürfnissen der öffentlichen Meinung, sofern sie jedenfalls die Sehnsucht nach einem nationalen Staat zum Inhalt hatte. Die Sympathien, die ihm frühzeitig die liberale öffentliche Meinung entgegenbrachte, hängen mit diesem Sachverhalt zusammen. Bismarck hatte hinreichend gezeigt, wie sehr er in der Lage war, die öffentliche Meinung zu verachten und gegen sie Politik zu machen. Und doch erkannte der Staatsmann in einer gewandelten Zeit gleichwohl ihre Bedeutung.

¹³⁾ Siehe Walter Bußmann, Europa und das Bismarckreich, a. a. O., S. 159.

So hielt er es aus Gründen der Staatsräson und um der Reputation willen für notwendig, auf diese öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen. Es verbiete sich nämlich, daß Preußen „vor den Augen Europas durch einen willkürlichen Angriff auf Österreich als Aggressor und Friedensbrecher dastehe“. Die alte Beobachtung kann wiederholt werden: Die Zeichen des Übergangs werden an dieser Politik des Jahres 1866 sichtbar: Der Krieg wurde gegen die öffentliche Meinung vorbereitet, und doch wurde die Beziehung zwischen Politik und öffentlicher Meinung erkannt und bereits ernst genommen.

Es wurde schon der Versuch gemacht, die preußischen Kreise, in denen eine Meinungsbildung erfolgte, zu beschreiben. Es wäre noch auf die zahlreichen Friedenspetitionen, die den König erreichten und unbeantwortet blieben, hinzuweisen. Volksversammlungen, Handelskammern und Stadtparlamente beschlossen solche Adressen und wollten „das unermeßliche Unglück eines Bürgerkrieges“ vermeiden. Die Urwählerversammlungen der vier Wahlbezirke Berlins sprachen sich gegen den Krieg aus. Die Friedensadressen stammen nicht nur aus den Städten der Rheinprovinz und Westfalens, sondern auch von den Stadtverordnetenversammlungen der östlichen Provinzen.

Es könnte zum Nachdenken anregen, weshalb sich gerade in Breslau eine Kriegsstimmung nachweisen läßt. Der bereits erwähnte Franz Ziegler, der weder durch persönlich erlittenes Unrecht noch durch das gegenwärtig schlechte Regierungssystem in Berlin am „wahren Preußen“ irre wurde, rief einer erregten Volksversammlung in Breslau am 17. April 1866 zu: „Das Herz der Demokratie ist überall da, wo die Fahnen des Vaterlandes wehen.“ In solchem Ruf erklingt die militante Gesinnung preußischer Demokratie, die nicht nur, aber vornehmlich durch Bismarcks politische Erfolge

sowie durch die Siege der reorganisierten preußischen Armee zurückgedrängt wurde. Über Ziegler heißt es in dem auch heute noch lesenswerten, 1925 erschienenen Buch von Johannes Ziekursch über die Reichsgründung, er sei „ein die lebendige Erinnerung an den Alten Fritz im Herzen tragender Altpreuße“ gewesen. Die Adresse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in Breslau vom 15. Mai 1866 hatte folgenden Wortlaut: „Wir sprechen es aus und glauben hierin der Zustimmung unserer Mitbürger sicher zu sein, daß wir, wenn es die Macht und Ehre Preußens, seine Stellung in Deutschland und die mit dieser Stellung in notwendigem Zusammenhange stehende Einheit unseres Vaterlandes gilt, den Gefahren und Nöten des Krieges mit derselben Opferwilligkeit und Hingebung entgegengehen, wie die schlesischen Männer es unter der Führung von Eurer Majestät hochseligem Vater getan... Schlesien wird lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands wieder auf Jahrzehnte hinausrücken zu lassen.“¹⁴⁾

Die Stimme aus dem Grenzland Schlesien hatte sicherlich keine repräsentative Bedeutung. Charakteristisch für die allgemeine Stimmung war die Frage, die der „Kladderadatsch“ nach Bekanntgabe des preußischen Bundesreformantrages am 9. April 1866 stellte: „Das Ministerium Bismarcks appelliert an die Nation und stützt sich auf das Volk... Wer lacht da? Ganz Europa und die angrenzenden Weltteile.“ Wir sind allerdings bei der geringen Entwicklung des Nachrichtenvertriebes zu jenem Zeitpunkt nicht in der Lage, die Empfindungen und Meinungen solcher breiten Kreise zu erfassen, die auf dem platten Lande oder in den Hinterhäusern der Städte lebten und noch unorganisiert waren. Die überlieferte königstreue Gesinnung trifft sicherlich auf die große Masse der Landbevölkerung zu.

Preußen will Krieg zur Veränderung — Österreich zur Aufrechterhaltung des Status quo

Es kam indes letztlich gar nicht auf die „öffentliche Meinung“, sondern auf die Entschließungen der Regierungen an. Sie sollten — wenn man nach Absichten und Motiven fragt — aber nicht nach Maßgabe „deutscher“ oder „undeutscher Politik“ beurteilt werden. Man darf jedoch nach den Qualitätsunterschieden der Diplomatie fragen, und man kann ferner die

Frage nach der Einordnung des Geschehens in den Zusammenhang der Epoche stellen.

Seit dem Krimkrieg hatte die habsburgische Diplomatie ihre großen und widersprüchlichen Aufgaben kaum noch meistern können. So

¹⁴⁾ Zit. n. Johannes Ziekursch, Die Reichsgründung, 1925, S. 155.

groß auch die diplomatische Fronde im Auswärtigen Amt der Wilhelmstraße war, so zeigte sich die Berliner Politik doch der Wiener Diplomatie gegenüber überlegen. Gewiß hat die Geschichtsschreibung zu wenig beachtet und gewürdigt, daß der Deutsche Bund den österreichischen Antrag vom 11. April auf Mobilisierung der sieben nichtpreußischen Armeekorps des Bundesheeres „zum Schutz der inneren Sicherheit Deutschlands und der bedrohten Rechte der Bundesglieder“ nicht in der von Wien beantragten Form und vor allem auch nicht die österreichische Motivierung akzeptiert hat; aber diese Korrektur eines bundesrechtlichen Verfahrens vermochte den von beiden Seiten, von Preußen und Österreich, in diesem Augenblick gewünschten Krieg nicht mehr zu verhindern. Es muß ferner zugegeben werden, daß Preußen auch bei einem anderen Abstimmungsergebnis am 14. April entschlossen war, den Bund zu sprengen. Die preußische Politik wünschte den Krieg, und in Wien war man „zum Kriege resigniert“, wie Kaiser Alexander II. den politisch-seelischen Zustand des inneren Führungsringes der

habsburgischen Monarchie treffend gekennzeichnet hat.

In der Vorgeschichte des Krieges von 1866 stellt Preußen ohne Zweifel die Macht dar, die das Bestehende zu seinen Gunsten überwinden will. Es ist bereit, den Status quo notfalls mit Hilfe des Krieges zu verändern. So repräsentierte Bismarck — und damit werden die Gedanken der Einleitung wieder aufgenommen — die militärisch-friderizianische Tradition seines Staates. Er hat sie zudem in seiner Selbstauffassung repräsentiert und bejaht. In den Überlegungen beider Seiten, sowohl Preußens als auch Österreichs, spielt der Krieg eine durchaus ähnliche Rolle. Der Ansicht der preußischen Führungsschicht, um die Verbesserung der Stellung Preußens in Deutschland, das heißt mindestens um die preußische Hegemonie über das nördliche Deutschland, kämpfen zu sollen, entsprach die Überzeugung Wiens, die überkommene Stellung des Kaiserstaates selbst auf die Gefahr eines gleichzeitigen Krieges mit Italien mit den Waffen verteidigen zu müssen.

War der Führungsanspruch Österreichs noch gerechtfertigt ?

Der Historiker darf vor solcher Konfliktsituation wohl die Frage stellen, ob Österreichs rechtlich begründeter Anspruch auf politische Führung durch die zeitgemäßen Bedingungen in Deutschland und durch die Leistungsfähigkeit des Kaiserstaates noch gerechtfertigt war. Es soll ferner noch einmal darauf hingewiesen werden, daß der noch im Kabinett vorbereitete Krieg zum Erfahrungsbereich der damaligen Generation gehörte. Bismarck kann außerdem nicht die Auflösung des Staatensystems zugeschrieben werden; denn dessen Solidarität war in den Kämpfen auf der Krim längst zersetzt. Bismarck hat diesen Prozeß nicht etwa eingeleitet, aber er hat in einer erregenden geistigen Auseinandersetzung mit den Anhängern einer konservativen Ideologie — die zugleich seine Freunde und Standesgenossen waren — aus der Beobachtung dieses Prozesses die Konsequenzen gezogen. Zum politischen Stil der Zeit gehört die „temporäre Unterbrechung“ der Politik durch den Krieg.

Im Jubel Preußens über den Sieg bei Königgrätz am 3. Juli 1866 hat ein Teil der Zeitgenossen kaum noch die großdeutsche Stimme vernommen und den größeren Zusammenhang

des deutschen Geschichts- und Lebensbereiches fast ganz vergessen. Wenn wir inzwischen auch gelernt haben, die Geschichte nicht nur nach Maßgabe des Erfolges zu beurteilen und das Anliegen der Besiegten nicht als eine nebensächliche Angelegenheit zu betrachten, so erkennen wir gleichwohl in den 1866 gefallenen Entscheidungen die Voraussetzung zu einer neuen nationalen Lebensgemeinschaft im Rahmen eines europäischen Staatensystems. Wir sind weit von dem Hochmut entfernt, als ob es nur diesen Weg zur Lösung der deutschen Frage gegeben hätte. Es liegt im Wesen des Menschlichen, die geschehene Geschichte nach Maßgabe von Wunschvorstellungen zu prüfen und zu beurteilen, und wir werden nicht aufhören, verschiedene Vorstellungen über die geschichtlichen Gestaltungsmöglichkeiten zu hegen. Wir sollten uns allerdings hüten, Begriffe, wie etwa „Deutscher Bund“, die an eine bestimmte Epoche gebunden sind und einen bestimmten politisch-sozialen Gehalt enthalten, auf eine vollkommen veränderte Situation anzuwenden. Eine leichtfertige Übernahme von Begriffen und Worten kann eine verhängnisvolle Lagebeurteilung hervorrufen.

Die Politik Österreichs bis zum Ausbruch des Krieges im Jahre 1866

Innere Entwicklung Österreichs

Die unglücklichen Ereignisse des Jahres 1859 deckten die innere und äußere Problematik des österreichischen Kaiserstaates schonungslos auf. Die Periode des neoabsolutistischen Zentralismus, die Reaktion auf die in den Jahren 1848/49 zutage tretenden revolutionären Erscheinungen, war infolge der unerwarteten Niederlagen gegen den italienisch-französischen Nationalismus bei Magenta und Solferino zu Ende gegangen. Obwohl der innere Verwaltungsapparat funktionierte und durchaus nicht ganz erfolglos arbeitete, verhinderte der Mangel an Anteilnahme der Bevölkerung den erwünschten allgemeinen Aufschwung der wirtschaftlichen Interessen und die Entfaltung eines arbeitsfreudigen Patriotismus. Zudem stand die äußere Machtstellung der weitläufigen Monarchie, die in ihrer territorialen Ausdehnung alle anderen mitteleuropäischen Staaten übertraf, auf ziemlich schwachen Füßen. Was sich schon im Krimkrieg gezeigt hatte, wurde im italienischen Krieg vollends offenbar, daß nämlich die Monarchie außenpolitisch isoliert war und nicht auf Verständnis für ihre Verteidigungspolitik rechnen konnte.

Trotz der Präsidialstellung im wiederhergestellten Deutschen Bund hatte Österreich die durch den Widerstand Preußens herbeigeführte Passivität der deutschen Bundesstaaten nicht überwinden können, so daß die Monarchie sich selbst überlassen blieb und im Kampf um Erhaltung ihrer Integrität keine Unterstützung fand. Unter diesen Umständen und unter dem harten Druck der Realitäten erschien eine innere Regeneration, die auf die Erweckung einer aktiven mitarbeitenden Staatsgesinnung hinauslief und eine Neuorientierung der Außenpolitik, insbesondere in bezug auf die Stellung im Deutschen Bund, als vordringliche Aufgabe der nach dem Frieden von Zürich (10. November 1859) neugebildeten Regierung.

Die Versuche, der aus der einzigartigen inneren Struktur der Monarchie sich ergebenden Probleme Herr zu werden und ein die verschiedenen oft gegensätzlichen Interessen des

Vielvölkerstaates überdeckendes Verfassungsschema zu schaffen, fanden aber keine allgemeine Zustimmung. Das Entscheidende war dabei das Verhältnis zu Ungarn, dessen eigenständige Verfassung, das Palladium des nationalen magyarischen Selbstbewußtseins, einer einheitlichen Reichsidee widersprach. Es gab in Ungarn Anhänger eines völligen Separatismus im Geiste Ludwig Kossuths; es gab eine Partei, die an der Aprilverfassung des Jahres 1848 festhielt, die dem Königreich weitgehende Selbständigkeit zugesichert hatte; es gab aber auch eine konservative Partei, die auf den Grundsätzen der Pragmatischen Sanktion des Jahres 1723 fußend für die unzertrennliche Union mit Österreich eintrat, wenn sie auch das Recht der eigenen Staatlichkeit betonte. Die historischen Prinzipien der Selbstregierung, wie sie in den Landtagen der Provinzen zur Geltung kamen, aufrechtzuerhalten, zugleich aber die politische Machtstellung des Gesamtreiches zu bewahren, den drängenden liberalen Strömungen Rechnung zu tragen und zugleich die überlieferten konservativen Grundsätze zu berücksichtigen, erwies sich bald als ein schwer zu bewältigendes Problem.

Das „Oktoberdiplom“ des Jahres 1860, als „beständiges und unwiderrufliches“ Staatsgrundgesetz veröffentlicht, erklärte als den Sinn der neuen Verfassung „die Erörterungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche der Länder und Völker mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Monarchie ausgleichend verbinden“ zu wollen, „dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein der bestehenden Verschiedenheit unserer Länder und Königreiche und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen kräftigen Verbandes gleichmäßig zu entsprechen“. Insofern das Schwergewicht des politischen Mitwirkens in die Landtage verlegt wurde, aus deren Mitte die 100 Mitglieder des Reichsrates gewählt werden sollten, die zur „Mitwirkung“ bei der Gesetzgebung in den Fragen von allgemeinem Interesse eingeladen werden, hat die Verfas-

sung des Oktoberdiploms einen aufgelockerten föderalistischen Charakter. Trotzdem behielten sich der Kaiser und die Zentralregierung noch die entscheidende Machtstellung vor, so daß es sich nicht um einen organischen Umbau der Verfassung in wirklich konstitutionellen Sinn handelte, wie ihn der Liberalismus verlangte. Der Widerstand veranlaßte die Regierung zu einer grundsätzlichen Änderung des Oktoberdiploms.

Die „Februarverfassung“ des Jahres 1861, die unter Leitung des liberalen Anton Ritter von Schmerling, des ehemaligen Reichsinnenministers in der Zeit der Reichsverweserschaft des Erzherzogs Johann, ausgearbeitet worden war, räumte dem Reichsrat ein wirkliches Gesetzgebungsrecht ein, und seine Zusammensetzung aus den Vertretern der Landtage garantierte zugleich die Interessen der Länder. Der Reichsrat beruhte auf einem Zweikammersystem, bestehend aus Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Da er aus den Landtagen hervorging, deren Kurienwahlrecht dem besitzenden und gebildeten, meist liberalen Bürgertum ein entscheidendes Übergewicht verlieh, besaß auch der Reichsrat ein liberales Gepräge. Man unterschied gewissermaßen zwei Ebenen der Gesetzgebung: den „gesamten Reichsrat für alle österreichischen und ungarischen Länder und den „engeren Reichsrat“, dem die Vertreter der ungarischen Krone nicht angehörten. Damit war aber auch der erste Schritt auf dem Weg zum Dualismus getan, dem das Prinzip

Osterreich und Ungarn

Die Regierung des liberalen Staatsministers von Schmerling hatte mit Widerständen des liberalen Reichsrates zu kämpfen und beklagte dessen geringes Interesse und Verständnis für die großen außenpolitischen Probleme und die innere Uneinheitlichkeit in den liberalen Anschauungen überhaupt. Wenn man also mit der Verkündung der neuen konstitutionellen Verfassung eine Sammlung der inneren Kräfte der Monarchie bezweckt hatte, so wurde dieses Ziel nicht in jenem Maße erreicht, wie es die Lage des Kaisertums und die bedrohliche außenpolitische Problematik erfordert hätte.

Die Erhaltung des Gleichgewichtes der Mächte und damit des europäischen Friedens schien damals von der Erhaltung der österreichischen Monarchie als Großmacht abhängig zu sein.

der Eigenstaatlichkeit Osterreichs und Ungarns zugrunde lag.

Trotz den großen Zugeständnissen, die Kaiser Franz Joseph schon aus Rücksicht auf die Stellung Osterreichs im Deutschen Bund machte, aber auch um das innere Gefüge der Monarchie zu stärken und den ziemlich prekären Staatsfinanzen aufzuhelfen, vermochte auch die Februarverfassung die Erwartungen nicht zu erfüllen. Den konservativen und föderalistischen Elementen behagte die zentralistische Note nicht; der ungarische und kroatische Landtag weigerten sich, Abgeordnete in den gesamten Reichsrat zu senden; die deutschen Liberalen, die das Heft in der Hand hatten, betonten den zentralistischen Reichsgedanken und waren nur darauf bedacht, die Kompetenzen des engeren Reichsrates möglichst auszudehnen, um den bestimmenden Einfluß bei der Regierung zu erreichen und die dem Kaiser und seinem Ministerium reservierten Rechte zu beschneiden. Der Kaiser, dem es besonders darauf ankam, das die Vielfalt der Länder zusammenhaltende Band dynastischer Autorität und die machtpolitische Stellung der Monarchie in Europa zu erhalten und zu sichern, war nicht geneigt, weitere Einschränkungen seiner Machtvollkommenheit hinzunehmen oder sich gar die Mittel zu einer letzten Endes von ihm selbst zu bestimmenden Außenpolitik, die Verfügung über das Militär und die Finanzen, aus den Händen winden zu lassen.

Es gab wenige Stimmen, die das bezweifelten. Selbst Lord Palmerston, der die nationalen Bewegungen in Italien durchaus als berechtigt betrachtete, betonte diese Auffassung als seine politische Überzeugung. Es war aber auch klar, daß der staatsrechtliche Separatismus Ungarns diese Großmachtstellung der Monarchie am meisten bedrohte. Deshalb war die Lösung der dornigen ungarischen Frage das Hauptproblem der Monarchie. Da es sich nun erwiesen hatte, daß weder das Oktoberdiplom noch die Februarverfassung die staatsrechtlichen Wünsche Ungarns befriedigte, andererseits aber die drohende Auseinandersetzung mit Preußen die Herstellung einer geeigneten Basis für das Zusammenleben der beiden Reichshälften forderte, suchte man nach ganz neuen Wegen für die Lösung des Problems.

In dem ungarischen Politiker Franz Deák erstand der Mann, der loyale, königstreue Gesinnung mit lauterem ungarischen Patriotismus verband. Seine realpolitische Denkweise erkannte die Vorteile der Union im Rahmen des Habsburgerreiches, seine liberal-nationale Gesinnung aber verlangte, eine solche Union nicht enger werden zu lassen als mit der Erhaltung des selbständigen nationalen Staates zu vereinbaren war. Ausgehend von dem Grundsatz der „Rechtskontinuität“ sollte die Pragmatische Sanktion und ihre von den Landtagen gegebene Interpretation die einzige Grundlage der neuen politischen Gemeinschaft sein, die nicht auf Zwang, sondern auf Übereinkommen beruhte. Deák wurde so der Führer jenes liberalen Bürgertums, das zu einem tragbaren Ausgleich der gemeinsamen Reichsinteressen und der nationalen Sonderbestrebungen strebte. Doch meldeten auch die Tschechen unter Führung Franz Palackýs ihre seit der Schlacht am Weißen Berg (1620) verwirklichten staatsrechtlichen Ansprüche an. Sie verließen den zentralistischen Reichsrat, gefolgt von den polnischen Vertretern, die von der polnischen Freiheitsbewegung fasziniert waren und den Aufstand ihrer Landsleute gegen die russische Herrschaft in Polen mit begreiflicher Sympathie verfolgten.

Und das alles geschah, als sich die Gegensätze zwischen Preußen und Österreich gefährlich zuspitzten. In dieser Situation suspendierte der Kaiser die Verfassung, um sich die nötige Entschlußfreiheit sowohl in den ungarischen Verhandlungen als auch in der Außenpolitik zu sichern und die vorhandenen, immer noch beträchtlichen Kräfte auf die bevorstehende Entscheidung zu konzentrieren. Die Mängel der moralischen Rüstung ließen sich allerdings nicht aus der Welt schaffen. In

Österreich fehlte es zwar nicht an patriotischem Empfinden, aber dieser Patriotismus knüpft sich, außer bei den Deutschen, nicht so sehr an den Staat als an den Kaiser, entsprang einer traditionellen persönlichen Verpflichtung zur Treue gegenüber dem angestammten Herrscherhaus. Der Liberalismus war keine Parteiorganisation, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft, die der persönlichen Meinung ihrer Anhänger keine Grenzen setzte. Aber trotz dieser sehr lockeren Struktur war doch die großdeutsche Gesinnung vorherrschend, deren Wortführer der Staatsminister Schmerling selbst war. „Großdeutsch“ — das bedeutete Festhalten an der deutschen Basis des Habsburgerstaates, Verteidigung der Stellung Österreichs im Deutschen Bund, aber auch Festigung und Ausbau der Bundeseinrichtungen, die für Österreich Schutz und Schirm und eine Garantie der Rechtssicherheit bedeuteten, auf die sich der Kaiserstaat stets verließ, obwohl die Erfahrungen der Vergangenheit ihn hätte überzeugen können, daß Recht und Machtgelüste nicht vereinbar waren.

Um einen großen Entscheidungskampf zu wagen, entbehrten also die inneren Verhältnisse der Monarchie der nötigen Stabilität und der Grundlagen für ein zielbewußtes Selbstvertrauen. Für einen Staat in Österreichs Lage war die Erhaltung des Friedens geradezu eine Bedingung seiner Existenz. Daher ist es verständlich, daß man sich in Wien bemühte, so lange als möglich und selbst mit nicht unbeträchtlichen Opfern an Prestige und Selbstachtung das Einvernehmen mit Preußen zu erhalten und auftretende Bruchstellen des alten Bündnisses immer wieder zu überkleistern. Aber allzu viele solcher Reparaturen machten die Brüchigkeit des Bandes nur noch offener.

Allianz mit Preußen oder den Mittelstaaten ?

Der Kern der Auseinandersetzung aber war die deutsche Frage, die nicht nur nationalen, sondern europäischen Charakter besaß. Der Zwiespalt um das Schicksal der Elbherzogtümer Schleswig-Holstein, den das Problem der Rechtsnachfolge und Verfassung ausgelöst und den Krieg gegen Dänemark zu einer schwerwiegenden Macht- und Prestigefrage gemacht hatte, stellt dann die deutsche Frage erst ins rechte Licht und bewies, daß die Sonderinteressen der Bundesstaaten den Bund zur Ohnmacht und Scheinleben verurteilte. Die Tä-

tigkeit des Bundes beruhte im wesentlichen auf der Initiative und dem Votum der führenden Mächte Österreich und Preußen, während die Mittelstaaten ängstlich besorgt waren, sich einer Hegemonie zu entziehen. Die Kooperation Preußens und Österreichs in bezug auf die gesamtdeutschen Angelegenheiten wurde aber in Frage gestellt, als Rivalität und Mißtrauen Raum gewannen. Österreich pochte auf den Rechtsanspruch als Präsidialmacht; Preußen auf seinen realen Machteinfluß und seine innere Stärke. Einem so machtbewußten preu-

bischen Patrioten wie Otto von Bismarck, der zeitweise seinen König im Bundestag vertrat, erschien es als eine Herausforderung, daß ein innerlich schwächerer Staat mehr Gewicht haben sollte als Preußen, das schon einmal zur Führung eines kleindeutschen nationalen Einheitsstaates berufen worden war.

Aus diesen Verhältnissen ergab sich für Österreich eine äußerst schwierige Lage. Man erinnerte sich, daß es zu den Grundprinzipien Metternichs gehörte, die Allianz und das Einverständnis der drei konservativen Mächte Österreich, Preußen und Rußland auf jeden Fall aufrechtzuerhalten, und daß ihm besonders die preußisch-österreichische Zusammenarbeit am Herzen lag. An diesem Grundsatz wollte man auch nach dem Ausscheiden Metternichs festhalten, weil es für die Aufrechterhaltung der konservativen Ordnung und damit der Existenz Österreichs notwendig erschien. Kaiser Franz Joseph und seine Außenminister Buol-Schauenstein, Rechberg und Mensdorff hielten an diesem Konzept fest; aber es gab auch hohe Beamte des Ministeriums, die Preußens Streben nach einer gleichberechtigten Führerstellung im Deutschen Bund durchaus ablehnend gegenüberstanden und nicht gewillt waren, Österreichs primatialen Vorrang schmälern zu lassen.

Nun hatte es sich aber gezeigt, daß die maßgebenden deutschen Mittelstaaten, das dritte Deutschland, Bayern vor allem, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen, also hauptsächlich süd- und mitteldeutsche Staaten, sich weder den österreichischen noch den preußischen Interessen zur Verfügung stellen wollten, sondern mehr einer neutralen Rolle zuneigten, die aber in ihrer Auswirkung eher den Ansprüchen Preußens zugute kam. Die österreichischen Staatsmänner standen vor dem Dilemma, sich entweder an die Mittelstaaten zu halten und sich deren Unterstützung zu versichern oder an die Allianz mit Preußen, was nicht ohne Konzessionen machtpolitischer Natur möglich schien. Man konnte sich in Wien zu keiner gradlinigen Politik entschließen, vermochte Preußen nicht zu befriedigen, büßte aber auch allmählich das Vertrauen der Mittelstaaten ein. Die österreichische Regierung wurde schwer enttäuscht, als sie sich bei der Verteidigung ihrer Interessen im Krimkrieg und besonders im Krieg mit Piemont-Sardinien verlassen sah, und ging in ihrer

Meinung wohl wenigstens zum Teil nicht fehl, wenn sie diese passiv-neutrale Haltung des Deutschen Bundes dem Einfluß Preußens zuschrieb, das jeden Prestigezuwachs Österreichs fürchtete und jedes Mißgeschick der Monarchie begrüßte.

Man kam in Wien auf den Gedanken, dem sterilen Deutschen Bund neues Leben einzuhauchen. Einer Versammlung der Bundesfürsten sollte ein Reformentwurf vorgelegt werden, in dem unter anderem ein fünfgliedriges Direktorium unter Österreichs Vorsitz, ständige Ministerkonferenzen und eine Delegiertenversammlung vorgesehen waren und dem Bund das Recht der Entscheidung über Krieg und Frieden eingeräumt werden sollte. Mit jugendlichem Elan ergriff Kaiser Franz Joseph die Initiative. Seiner Einladung folgten alle Bundesfürsten mit Ausnahme des Königs von Preußen, der von dem seit 1. Oktober 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannten Otto von Bismarck überredet worden war, der fürstlichen Versammlung in Frankfurt fernzubleiben.

Es widerstrebte dem preußischen Selbstbewußtsein, Österreich in einer so wichtigen Angelegenheit den Vortritt zu lassen. Obwohl der Kaiser auf seiner Reise nach Frankfurt überall mit Begeisterung begrüßt und der Reformentwurf angenommen wurde, scheiterte die Durchführung an dem Widerstand Preußens, so daß man in großdeutschen Kreisen Österreichs (Schmerling) sogar zeitweise an die Gründung eines Sonderbundes dachte, was natürlich zu einem Bruch mit Preußen geführt hätte, den man aber nicht riskieren wollte. Das war aber nicht der einzige Mißerfolg in den österreichischen Bestrebungen, in Deutschland wieder zu Ansehen zu gelangen und Preußen zu überrunden; denn auch die Versuche, in die Wirtschaftsorganisation des unter Preußens Führung stehenden Zollvereins einzutreten, führten zu keinem Erfolg. Mehr und mehr sah sich Österreich in den Hintergrund gedrängt, während sich Preußen, unterstützt von der Propaganda des deutschen Nationalvereines, immer größeren Einfluß zu sichern verstand.

Die schon längst vorhandenen Spannungen zwischen den beiden führenden Großmächten im Deutschen Bund entwickelten sich schließlich durch die Schleswig-Holstein-Frage zu einer schicksalsschweren Krise.

Das Herzogtum Holstein gehörte dem Deutschen Bund an, stand aber mit dem ihm auf ewig verbundenen Schleswig unter der Herrschaft des dänischen Königs. In Schleswig galt die weibliche Erbfolge, in Holstein die männliche. Nationale und staatsrechtliche Gegensätze standen einer einheitlichen Regierung im Wege. Die Einheit der beiden Länder schien zerrissen, als König Christian VIII. und sein Nachfolger Friedrich VII. Schleswig dem dänischen Staat einverleibten. Da die beiden Länder eine wichtige geopolitische Schlüsselstellung im Raum der Ost- und Nordsee einnehmen, war die Frage ihrer staatsrechtlichen Stellung von internationaler Bedeutung, besonders auch für die Handels- und Seemachtinteressen Rußlands und Großbritanniens. Die Lösung brachten die Londoner Protokolle der Jahre 1850 und 1852 in dem Sinne, daß die Integrität des dänischen Gesamtstaates garantiert und nach dem Verzicht des erbberechtigten Prinzen von Augustenburg eine einheitliche Nachfolge des Thronfolgers Christian IX. anerkannt wurde.

Das hatte Versuche zur Danisierung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein und dem ebenfalls dänischen kleinen Herzogtum Lauenburg zur Folge und schwere innere Streitigkeiten, die noch verschärft wurden, als am 30. März 1863 eine Gesamtverfassung veröffentlicht wurde, die einen zentralistischen Reichsrat in Kopenhagen vorsah. Die deutsche Bevölkerung geriet in leidenschaftliche Aufregung und trat für die Schaffung eines neuen deutschen Bundeslandes Schleswig-Holstein ein. Der Frankfurter Bundestag konnte diese eigenmächtige Verletzung der Bundesverfassung nicht ohne Protest hinnehmen, und als Christian IX. den Thron bestieg, erhob der Sohn jenes Augustenburgers, der auf die Nachfolge in Holstein verzichtet hatte, Anspruch auf die Herrscherrechte in den Elbherzogtümern, da er die Handlungsweise seines Vaters nicht anerkannt hatte. In Wien lehnte man diesen Anspruch aus rechtlichen Gründen ab, da man ja das Londoner Protokoll angenommen hatte; in Berlin stellte sich Bismarck gegen den Augustenburger, weil er bereits damals die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen ins Auge gefaßt hatte, die für die machtpolitische und wirtschaftliche Bedeutung Preußens von offensichtlich großer Bedeutung war. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die sich leidenschaftlich gegen

die Zentralisierungs- und damit verbundene Entnationalisierungsabsichten Dänemarks wandte, beschloß der Bundestag die militärische Exekution gegen Dänemark.

Nun berührten ja die Dinge, die sich nördlich der Elbmündung abspielten, das weitabliegende Österreich herzlich wenig, und entsprechend gering war die Anteilnahme der Bevölkerung. Es handelte sich aber um eine Bundessache, von der sich die Päsidualmacht nicht zurückziehen konnte, ohne sich zu kompromittieren und Preußen in die Hände zu arbeiten. Wien und Berlin einigen sich also zum gemeinsamen militärischen Vorgehen. Die deutschen Mittelstaaten wollten sich aber nicht übergehen lassen und entsandten unter dem Kommando des sächsischen Generals von Hake eine Exekutionsarmee, die sich Holsteins bemächtigte und dem Prinzen von Augustenburg, der im Lande begeistert empfangen wurde, gestattete, die Regierung in die Hand zu nehmen. Dieses selbständige Vorgehen der Mittelstaaten veranlaßte die österreichische Regierung, sich rasch mit Preußen zu verständigen und eine eigene militärische Aktion gegen Dänemark in die Wege zu leiten.

Nach Ablehnung eines von den beiden Großmächten an Dänemark gerichteten Ultimatums, in dem die Aufhebung der Verfassung gefordert wurde, begann am 19. Januar 1864 der Krieg. Eine „alliierte Armee“ unter dem preußischen Generalfeldmarschall Freiherr von Wrangel, bestehend aus einem preußischen und einem österreichischen Korps unter General Freiherr von Gablenz, drang in Schleswig ein, überschritt am 1. Februar die Eidergrenze und eroberte in kurzer Zeit die dänischen Verteidigungslinien, das Danewerk, die Düppeler Schanzen und die Festung Fridericia, wobei die österreichischen Truppen einen ausgezeichneten Eindruck von Tapferkeit und Schlagkraft hinterließen. Im Vertrauen auf englische Hilfe, zu der Großbritannien ja nach dem Londoner Protokoll verpflichtet gewesen wäre, die aber nun ausblieb, hatte Dänemark alle Vermittlungsvorschläge abgelehnt und kämpfte bis zur völligen Niederlage, die es zwang, im Frieden von Wien am 30. Oktober 1864 die nordelbischen Herzogtümer an Preußen und Österreich abzutreten. Was aber sollte nun mit diesen Ländern geschehen?

Für Bismarck war das eigentlich kein Problem; denn für ihn kam als letztes Ziel nur die Ein-

verleibung in den preußischen Staat in Betracht. Problematisch war nur die Frage, wie das geschehen sollte — mit oder gegen Österreich. Die Entscheidung fiel ihm nicht allzu schwer. Zunächst sollte mit Österreich ein Einvernehmen erzielt werden; falls man aber den preußischen Ansprüchen nicht entgegenkam, schien eine gewaltsame Auseinandersetzung unvermeidlich zu sein. Die Ausgangsbasis der Verhandlungen war für Preußen unvergleichlich günstiger als für Österreich; denn Preußen lockte ein unmittelbarer handgreiflicher Gewinn in der nächsten Nachbarschaft. Österreich hatte keine territorialen Ambitionen, aber es hatte die Bundesrechte zu verteidigen. Wenn sich Österreich dem Bunde versagte, konnte es damit rechnen, seiner führenden Stellung schwersten Abbruch zu tun.

Bismarck hatte ein positives Ziel, Österreich nur ein negatives; Bismarcks Vorgehen hatte offensiven Charakter, Österreich blieb defensiv. Bismarck vertrat den Machtstaatsgedan-

ken, Österreich die Idee des Rechtsstaates, aber Macht und Recht sind oft genug wie zwei feindliche Brüder. Man hat der österreichischen Politik dieser Zeit den Vorwurf gemacht, daß sie nicht rechtzeitig durch einen Verzicht auf die Herrschaftsrechte in Holstein, die keinerlei realen Machtzuwachs, sondern nur eine Verlegenheit bedeuteten, Preußen befriedigte und dafür die Nachgiebigkeit des norddeutschen Rivalen im Deutschen Bund und seine Unterstützung bei der Erhaltung der italienischen Stellung, die für Österreich ungleich wichtiger war, einhandelte. Über die Frage der politischen Zweckmäßigkeit läßt sich natürlich streiten. Viel wichtiger war für Österreich die Frage, ob das Schicksal der nordelbischen Herzogtümer im Einvernehmen mit dem Bund, das heißt den Mittelstaaten, oder durch Sonderverhandlungen mit Preußen entschieden werden sollte. Da es Gründe für die eine und für die andere Alternative gab, war die Wahl schwer; aber nichts schädigt das Vertrauen mehr als unklare Zielsetzungen.

Der Streit über die Zukunft Schleswig-Holsteins

Graf Rechberg entschloß sich, mit Preußen zu verhandeln. Es hätte den Wünschen Österreichs am besten entsprochen, wenn die okkupierten Herzogtümer dem Erbprinzen von Augustenburg überantwortet worden wären, wie es auch wohl ein großer Teil der Bevölkerung erwartete. Bismarck, der ja ganz andere Ziele verfolgte, konnte natürlich eine solche Lösung nicht annehmen. In mehrtägigen Konferenzen auf höchster Ebene in Schönbrunn, an denen Kaiser Franz Joseph, König Wilhelm, Bismarck und Rechberg teilnahmen, kam es zu keiner definitiven Entscheidung. Man einigte sich schließlich auf ein *Kondominium*, einen Schwebezustand, der zu ständigen Reibereien führen mußte. Graf Rechbergs Kompromißpolitik fand aber im großdeutschen Lager heftigen Widerstand, der ihn schließlich zur Demission zwang. An seine Stelle trat Graf Alexander Mensdorff-Pouilly, der unter dem Einfluß so ausgesprochener Gegner der österreichisch-preußischen Allianz wie des Barons Biegeleben und des beim Kaiser sehr beliebten Grafen Moritz Esterházy stand, die nicht willens waren, Bismarcks preußischer Machtpolitik zu folgen.

Die Außenpolitik der Monarchie wurde zudem durch innere Schwierigkeiten gehemmt, die zum Sturz des Ministeriums des Erzherzogs Rainer-Schmerling führten und zur Ernennung einer neuen Regierung unter Leitung des böhmischen Feudalen Grafen Richard Belcredi, in der Mensdorff das Außenministerium behielt. Bismarck versäumte keine Gelegenheit, in Schleswig-Holstein für Preußen Stimmung zu machen, dem Kondominium den Stempel einer preußischen Vorherrschaft aufzudrücken und mit Ansprüchen militärischer und wirtschaftlicher Natur aufzutreten. Wollte man den Frieden erhalten, mußte eine klare Abgrenzung der Rechte angestrebt werden. Zu diesem Zwecke wurden in Gastein, wohin sich König Wilhelm und Bismarck im Sommer 1865 begeben hatten, Verhandlungen eingeleitet, bei denen der für eine friedliche Lösung des Konfliktes eintretende, sehr fähige österreichische Diplomat Graf Gustav Blome eine führende Rolle spielte. Die am 14. August 1865 unterzeichnete und am 29. August von Wilhelm und Franz Joseph anläßlich einer Zusammenkunft in Salzburg ratifizierte „Gasteiner Konvention“ führte eine *Verwaltungsteilung* ein, der

gemäß Österreich in Holstein, Preußen in Schleswig die Verwaltung übernehmen sollte, wobei aber die im Wiener Frieden stipulierten gemeinsamen Rechte nicht aufgegeben werden sollten.

Für Bismarck, der in eiserner Konsequenz dem Endziel der Annektion zustrebte, konnte die Gasteiner Konvention nur die Bedeutung eines weiteren Schrittes zur Verwirklichung seiner Pläne haben. Während er sich in Schleswigs Verwaltung nichts dreinreden ließ, bemühte er sich, den Österreichern in Holstein auf alle mögliche Weise das Wasser abzugraben, Verwirrung zu stiften und die österreichischen Verwaltungsorgane vor peinliche Situationen zu stellen. Jede ihrer selbständigen Regungen wurde genau überwacht, preußische Beteiligung an militärischen und wirtschaftlichen Maßnahmen gefordert, Proteste am laufenden Band eingebracht. Kurz, es wurde alles darauf angelegt, das Land nicht zur Ruhe kommen zu lassen und damit die politische Propaganda für den Anschluß der Provinzen an Preußen zu rechtfertigen. Die Erbitterung in Wien war nicht unbegründet.

Die Absicht Bismarcks, die Verwaltungsautorität Österreichs in Holstein zu untergraben, war zu offensichtlich und sein Bemühen, die Verantwortung für alle Mißstimmung und Mißhelligkeiten auf Österreich zu schieben, viel zu durchsichtig, um nicht Verdacht und Mißtrauen in Wien zu erwecken. Die Stimmen derjenigen hohen Beamten des deutschen Büros am Ballhausplatz, dem Sitz des Außenministeriums, die schon immer vor Preußen gewarnt und die Richtigkeit einer Politik des Zusammengehens mit Preußen bezweifelt hatten, gewannen an Einfluß, als sich herausstellte, daß die listenreiche, aber auch gewandte Politik Bismarcks die Nachgiebigkeit und Unentschlossenheit der österreichischen Regierung stets zum Vorteil Preußens ausnützte. Alles drängte zu einer Entscheidung, da die friedlichen Mittel erschöpft zu sein schienen. Sowohl Bismarck als auch die Wiener Regierung begannen ernstlich mit einer kriegerischen Auseinandersetzung zu rechnen und sich darauf vorzubereiten. Man begann sich nach Bundesgenossen umzusehen.

Preußen und Österreich auf der Suche nach Bundesgenossen

Für Bismarck bot sich das junge italienische Königreich gleichsam von selbst an. Über allen inneren Schwierigkeiten, die in den demokratisch-republikanischen Strömungen und in der Frage des Kirchenstaates gründeten, band die italienischen Parteien die leidenschaftliche Sehnsucht nach Vollendung der nationalen Einheit durch die Erwerbung Venetiens zusammen. Für die Stabilisierung der monarchischen Idee war die glückliche Erfüllung der nationalen Ideale geradezu eine lebenswichtige Frage. Schon vor dem Abschluß der Gasteiner Konvention hatte Bismarck die Fühlung mit dem Turiner Hof aufgenommen, um sich über die Haltung Italiens im Falle eines preußisch-österreichischen Krieges zu informieren. Der italienische Ministerpräsident La Marmora war vorsichtig und hielt es durchaus für möglich, daß sich Bismarck Italiens nur als eines Druckmittels bedienen könnte, um Österreich seinen Wünschen gefügig zu machen, im entscheidenden Moment aber nicht eingreifen würde. Der Abschluß der Gasteiner Konvention schien dieses Mißtrauen zu rechtfertigen.

La Marmora gedachte daher die ersehnte Provinz Venetien ohne Krieg zu gewinnen und die zweifelhafte Lage Österreichs auszunützen. Er ließ Österreich eine sehr beträchtliche Geldsumme und gewisse Garantien anbieten, um dafür in den Besitz Venetiens zu gelangen, aber Kaiser Franz Joseph und seine Ratgeber betrachteten ein solches Geschäft als einen unwürdigen und unehrenhaften Handel. Nach dem Verlust der Lombardei und der Sekundogenituren in Toskana, Parma und Modena schien ein freiwilliger Verzicht auf Venetien undenkbar, zumal damit eine Anerkennung des italienischen Königstums verbunden gewesen wäre, die man schon um des Papstes und der katholischen Interessen willen nicht aussprechen wollte. Bismarck kannte solche Hemmungen nicht, und da Kaiser Napoleon III. in einem deutschen Krieg nur eine günstige Gelegenheit sah, seine imperialistische Rheinpolitik zu fördern, veranlaßte er den Turiner Hof, sein Mißtrauen aufzugeben und in Bündnisverhandlungen mit Bismarck einzutreten.

Je stärker Bismarck auf die Rechte Preußens in Schleswig-Holstein pochte, je offensicht-

licher er sich bemühte, die Besitznahme Holsteins vorzubereiten, desto empfindlicher reagierte er auf jede Maßnahme Österreichs, die Selbständigkeit des Landes zu sichern, und auf jede Demonstration der zahlreichen Anhänger des Augustenburgers, die den Willen zur Selbstregierung bekundeten. Da die österreichische Verwaltungsbehörde unter dem Freiherrn von Gablenz derartige Aktionen duldeten und ihnen Sympathien entgegenbrachte, beschuldigte er Österreich einer herausfordernden und ehrenrührigen Handlungsweise und benützte sie als wirksames und eindrucksvolles Argument, um den König, der sich bisher gegen den Krieg gestäubt hatte, umzustimmen. In dem entscheidenden Berliner Kronrat vom 28. Februar 1866 wurde der Entschluß gefaßt, sich auf den unvermeidlichen Krieg vorzubereiten, also sich gegen Napoleon III. zu sichern und Italien zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die österreichische Monarchie zu gewinnen. Beides gelang. Am 8. April wurde ein drei Monate gültiger Eventualvertrag mit Italien unterzeichnet, indem sich dieses verpflichtete, an der Seite Preußens in den Krieg gegen Österreich einzugreifen, falls er innerhalb dieser Frist ausbrechen sollte.

Napoleon, der sowohl mit Preußen wie mit Österreich verhandelte, um aus dem Zwist möglichst viel Nutzen zu ziehen, trat schließlich mit der Idee einer europäischen Friedenskonferenz hervor, der Bismarck nicht auswich, für die aber Österreich zur Bedingung machte, daß die Verhandlungen keinerlei territoriale Veränderungen betreffen dürften. Das war zweifellos keine kluge Politik; denn zumindest hätte Österreich Zeit gewonnen und das Kriegskonzept Bismarcks gestört. So aber zog es sich den Verdacht zu, den Krieg vorzuziehen. Der Kaiser der Franzosen blieb neutral und gedachte erst nach der Entscheidung als Friedensvermittler hervorzutreten.

Mobilisierung des Deutschen Bundes

Österreich konnte sich aber auf die bundesfeindliche Haltung Bismarcks und auf dessen Vertragsbruch berufen. Es konnte die Bundesexekution gegen ein Mitglied des Bundes verlangen, das die Bundesakte durch sein bedrohliches Vorgehen so rücksichtslos verletzte. Am 1. Juni stellte die Präsidialmacht den Antrag,

In Österreich konnte man kaum mehr zweifeln, daß die Spannung sich zu einer echten Krise entwickelt hatte. Die Regierung traf gewisse, sehr maßvolle militärische Vorbereitungen. Es wurden einige Truppenteile nach Böhmen und Mähren verlegt und die Rüstung betrieben. Daß diese Vorkehrungen begründet und notwendig waren angesichts der bedrohlichen Lage, kann kaum bezweifelt werden, handelte es sich ja keineswegs um eine Mobilmachung. War sie aber taktisch richtig? Heinrich von Srbik nennt sie im 4. Band seines Buches „Deutsche Einheit“ „einen schweren politisch-taktischen Mißgriff“, weil sie Bismarck — der, wenn es darauf ankam, ein Meister in der Entstellung der Wahrheit war — in unbekümmerter Übertreibung der Tatsachen vor aller Welt als Mobilisierung und Herausforderung hinstellte und Österreich des Angriffswillens beschuldigte, obwohl er sogar offiziell von Wien über das geringe Ausmaß dieser Vorbereitungen informiert worden war.

Eine so starke und entschlossene, zielbewußte Persönlichkeit wie Bismarck hatte Österreich nicht zur Verfügung. Einheitliches und rasches Handeln, wie es solche kritische Situationen verlangten, waren am kaiserlichen Hof nur selten zu finden. Alles geschah zögernd und mehr unter dem Druck der Ereignisse als aus eigener Initiative. Es kam nun darauf an, die Bundesstaaten zu gewinnen. Um Preußen nicht allein vorgehen und die Beute allein für sich in Anspruch nehmen zu lassen, hatte man sich in die Allianz eingelassen und sich die Mißgunst der Bundesstaaten zugezogen. Es war schwer, das verlorene Vertrauen wieder zu gewinnen. Eigentlich konnte man sich nur auf Sachsen verlassen, dessen Minister Graf Beust als unentwegter Gegner preußischer Vorherrschaft für alle Maßnahmen zu haben war, die eine solche Hegemonie verhindern konnten.

die Schleswig-Holstein-Frage vor den Bundestag zu bringen und ihm die Entscheidung zu überlassen. Zugleich wurden die Stände Holsteins einberufen, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihren Willen kund zu tun, der — wie man überzeugt war — zur Einsetzung des Augustenburgers neigte. Daraufhin rückten

preußische Truppen in Holstein ein. Bismarck rechnete dabei mit unausbleiblichen Zusammenstößen mit der österreichischen Besatzungstruppe; aber die Österreicher zogen sich befehlsgemäß zurück.

Inzwischen liefen die Verhandlungen Österreichs mit Napoleon, um diesen unverlässlichen, immer noch für die nationalen Interessen Italiens eingenommenen Herrscher, der Frankreich aus seiner isolierten Lage herausführen und außenpolitische Erfolge erzielen wollte, abzuhalten, sich in einem Krieg feindlich zu Österreich zu stellen und damit die Aussichten auf einen siegreichen Abschluß des Kampfes zu vermindern. Nur unter dem übermächtigen Druck Napoleons ließ sich Österreich herbei, einen Vertrag abzuschließen, in dem es sich verpflichtete, Venetien auch im Falle eines Sieges über das Königreich Italien zugunsten des französischen Kaisers abzutreten, einer Revision der Ostgrenze Frankreichs und der Bildung eines neuen rheinischen Bundesstaates keine Hindernisse zu bereiten, wogegen Napoleon versprach, Preußen nicht zu unterstützen und einer territorialen Veränderung, etwa in Schlesien oder Sachsen, zugunsten der Monarchie keinen Widerstand entgegenzusetzen. Das hätte bedeutet, daß die Erfolge Preußens im Siebenjährigen Krieg rückgängig gemacht und seine Macht empfindlich beschnitten worden wäre.

Zwei Tage vor Ausbruch des Krieges, am 12. Juli, wurde dieser Vertrag unterzeichnet, der nur in äußerster Bedrängnis zustande kam. Österreich war also zu dem Verzicht auf Venetien entschlossen. Warum aber kämpfte es dann darum und teilte eine Armee, die konzentriert an der Hauptfront eingesetzt einen Erfolg, wenn nicht sicher, so doch wahrscheinlich gemacht hätte? Weil die Zeit drängte und weil eine Neuordnung der Verhältnisse nach einem siegreichen Krieg in Deutschland bei aktiver Einmischung Napoleons nicht durchgeführt werden konnte. Trotzdem hinterläßt dieser ominöse Vertrag den Eindruck eines schlecht improvisierten, übereilten Ausfluchtmittels in einer Lage, der die österreichische Diplomatie nicht mehr gewachsen war.

Am 11. Juni brachte die Präsidialmacht in Frankfurt den Antrag ein, die Bundestruppen zu mobilisieren. Mit neun gegen sechs Stimmen der von Preußen eingeschüchternen nord- und mitteldeutschen Staaten wurde der Antrag angenommen und damit der Krieg beschlossen, den also Österreich auch im Namen des Bundes führte. Die militärische Organisation des

Bundes, der man in 50 Friedensjahren keine Aufmerksamkeit gewidmet hatte, war allerdings gering, und nur Sachsen war wirklich bereit zu kämpfen. Dennoch war es doch für Österreich wichtig, wenigstens die moralische Autorität des deutschen Bundes hinter sich zu haben. Die Bevölkerung nahm die Entscheidung hin. Begeisterung war eigentlich im Volke nirgends zu bemerken, weder in Österreich noch in Preußen noch im übrigen Deutschland. Die Wege der hohen Politik waren am wenigsten verständlich, wenn sie zu solchen Krisen führte und solche Opfer verlangten. Immerhin war man doch im In- und Ausland der Überzeugung, daß die Macht- und Annexionspolitik Preußens und vor allem der zielbewußte Wille Bismarcks diese Katastrophe der mitteleuropäischen Staatenordnung und Staatengemeinschaft herbeigeführt hatte. Was aber daraus in der Folgezeit erwuchs, war in den Sternen geschrieben.

Man hat die Politik der österreichischen Monarchie in diesen schicksalschweren Jahren oft kritisiert, ihre Winkelzüge als Folge der Unentschlossenheit angegriffen. Man wird dieser Kritik in manchen Details recht geben müssen, wenn sie auch zuweilen weit übers Ziel schießt und die Lage der Monarchie und ihre Lebensinteressen zu wenig berücksichtigt. Ohne Zweifel schätzten die österreichischen verantwortlichen Staatsmänner und Berater des Kaisers und dieser selbst die Bedeutung der innerpolitischen Basis einer erfolgreichen Außenpolitik zu gering ein. War Österreich zu einer solchen Kraftanstrengung, wie es ein Zweifrontenkrieg bedeutet, überhaupt imstande? Hätten nicht die Ereignisse im Krimkrieg und im Jahre 1859 eine Warnung sein müssen, eine zweifellos vorhandene bedeutende militärische Schlagkraft zu überschätzen? Die diplomatischen Mittel, die Österreich anwandte, waren zu kleinlich, entbehrten des großen Zuges. So ehrlich und redlich es Staatsmänner wie Rechberg und Mensdorff meinten, das Format umsichtiger, weitschauender und entschlossener Führer hatten sie nicht. Dazu fehlte eben auch der innenpolitische Hintergrund; denn der Vielvölkerstaat gewährte, wie auch die Zukunft lehrte, persönlicher Kraft und persönlichem Wollen wenig Raum, hing doch alles von viel zu viel unwägbareren Einflüssen ab. Die Versuche Bismarcks, die nationalen Gegensätze in der Monarchie auszunützen, die Schwierigkeiten der Verfassungsproblematik in seine Rechnung zu stellen, trafen in der Tat die schwachen Punkte des inneren Zusammenhalts des Kaiserstaates.

Die Folgen

Osterreich führte einen Kampf um sein Lebensrecht, und erst der Untergang der Monarchie und die Auflösung Europas läßt so recht erkennen, wie berechtigt die Verteidigung ihrer mitteleuropäischen Machtstellung für Europa, Deutschland und für die eigene staatliche Existenz gewesen ist.

Nach der Niederlage von Königgrätz und dem Prager Frieden mußte sich die Monarchie auf einer neuen Lebensbasis rekonstruieren. Der Sieg der nationalen Ideen, der sich in dem Ausscheiden der Monarchie aus Deutschland und Italien manifestierte, warf Probleme auf, mit denen sie niemals ganz fertig geworden

ist. Der Umbau des Kaisertums Osterreich in eine dualistische, zweigeteilte Monarchie, die völlige Veränderung ihres politischen und wirtschaftlichen Wirkungskreises brachte einzigartige Aufgaben mit sich, die erst allmählich in ihrer ganzen objektiven Schwierigkeit ins Bewußtsein traten. Mit aller Schärfe und ihren beispiellosen Anforderungen an die vielseitige Beanspruchung eines komplizierten Behördenapparates stellte sich das Problem der multinationalen Staatsorganisation dar, in der Vielheit die Einheit zu bewahren und dem vielen Mißgeschick und den großen Verlusten zum Trotz eine mitteleuropäische Großmacht zu bleiben.